

1.73

G E S P R Ä C H

über Massenmedien

am 7. Juni 1971

ca. 21 - 24 Uhr

im Haus des Bundeskanzlers, Bonn-Venusberg

Teilnehmer (Seite)

Bundeskanzler Willy Brandt - 20, 31, 33
Staatssekretär Egon Bahr - 8, 9
Leo Bauer - 48 ff.
Heinrich Böll - 19, 20, 36, 45, 47
Min. Prof. Dr. Horst Ehmke - 30, 35, 38, 45
Wolfgang Ernst - 1ff., 15, 16, 18, 20, 21, 23, 37, 45
Günter Gaus - 12, 13 ff., 20, 26, 35, 36, 39, 45, 46
Günter Grass - 22, 43, 46
Gerhard Gründler - 12, 45
Prof. Dr. Hartmut von Hentig - 9, 12, 28, 46
Prof. Dr. Eberhard Jäckel - 18
Prof. Dr. Peter Lengsfeld - 37, 39
Prof. Dr. Georg Meistermann - 9, 48
Albrecht Müller
Alfred Nau - 38
Senator Heinz Ruhnau - 11, 15 ff., 22, 32, 35, 42
Peter Reuschenbach
Veronika Schröter
Jochen Steffen - 13, 24, 45
Gerhard Unholzer - 9, 47
Dr. Reinhard Wilke
Hans-Jürgen Wischnewski - 44, 45

Wolfgang Ernst: Ich wollte über die Situation der Massenmedien und einige Fragen der Informationspolitik berichten. Bei der Sichtung des Materials bin ich von dem ursprünglichen Plan abgegangen, beide Themen unmittelbar nacheinander zu behandeln.

Daher möchte ich zunächst über den Markt der Massenmedien sprechen und dabei Hinweise auf bestimmte Entwicklungstendenzen geben. Zweitens würde ich aus der Sicht meiner Mitarbeiter einige Anmerkungen zu Vorstellungen über gesetzliche Neuregelungen im Sektor der Massenmedien geben.

Wie sieht der Markt der Massenmedien aus? Wie sind das Angebot und die Nachfrage?

Zunächst Auflagen und Verbreitungsdichte.

Von der Presse zu sprechen, ist eine unzulässige Verallgemeinerung. Diese besonders heterogene Mediagattung muß man in eine Reihe von Kategorien einteilen, um sie einigermaßen übersehen zu können. Ich denke, daß man insgesamt 16 Kategorien von Presse unterscheiden muß.

- 1. Lokale und regionale Tageszeitungen. Gesamtauflage 12,7 Mio; Zuwachsrate seit 1966: + 6 %. Diese Zeitungsgattung steht für 71 % aller Tageszeitungen. Insgesamt haben wir in der Bundesrepublik (einschließlich West-Berlin) etwa 140 sogenannte "publizistische Einheiten", d. h. Tageszeitungen mit Vollredaktionen. Es wird sehr oft von 500 bis 510 gesprochen. Das stimmt aber nicht. Publizistische Einheiten gibt es 140. Etliche dieser insgesamt 140 Tageszeitungen sind durch Besitzverhältnisse miteinander verbunden.

Als sicher darf gelten, daß sich die Zahl der Zeitungen in den nächsten Jahren wesentlich vermindern wird.

Gegenwärtig gibt es etwa 40 Tageszeitungen mit einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren. Auf diese 40 Zeitungen, also ein knappes Drittel aller regionalen lokalen Tageszeitungen, entfallen zwei Drittel der verkauften Auflage.

Für die übrigen Zeitungen, die die genannte Auflagengrenze nicht erreichen, gilt, daß sie nicht informationsstärker als die BILD-Zeitung sind und daß ihre politischen Ausrichtungen - sofern überhaupt erkennbar - eher konservativer sind als bei den größeren Zeitungen. Es besteht kein Anlaß, die fortschreitende Konzentration in diesem Markt zu bedauern.

Ein Hinweis zu BILD. Wenn man verfolgt, was über verschiedene Jahre der Existenz bei der BILD-Leserschaft angerichtet worden ist, dann wagt man zu zweifeln, ob Publikationen dieser Art irgend eine Wirkung haben. Wenn man so geballt, wie BILD es getan hat, eine bestimmte Richtung vertritt und unter der Leserschaft fast zwei Drittel SPD-Wähler hat, ist das etwas, was zu denken gibt.

- 2. Überregionale Tageszeitungen (FAZ, WELT, HANDELSBLATT). Auflage 0,5 Mio; Zuwachsrate seit 1966: + 7 %; Marktanteil 3 %. In der Bundesrepublik ist dieser Markt ganz besonders spärlich besetzt. Grund: Die nur in der Bundesrepublik noch zu beobachtende extreme Regionalisierung bzw. Lokalisierung von Zeitungen.
- 3. Kaufzeitungen. Auflage 4,6 Mio; negative Zuwachsrate: - 16 %. Die stark rückläufige Tendenz in diesem Markt rührt ausschließlich vom Auflagenrückgang der BILD-Zeitung her. BILD hat seit 1966 17 % seiner Auflage verloren. Diese Entwicklung gilt zum Teil auch für andere Objekte des Springer-Verlags.

Sie gilt nicht grundsätzlich für den Markt der Kaufzeitungen. So hat EXPRESS heute eine verkaufte Auflage von 310 000 Exemplaren; das entspricht einer Zuwachsrate seit dem Startjahr von + 60 %.

- 4. Sonntagszeitungen. Gesamtauflage 2,5 Mio; negative Veränderungsrate: - 14 %. Beide Objekte sind Zeitungen des Springer-Verlags. Im gesamten Pressemarkt gibt es keine Analogie zu der rückläufigen Entwicklung der Springer-Objekte; diese ist sicher zu einem großen Teil politisch zu erklären.
- 5. Nicht zu übersehen - und meiner Ansicht nach überhaupt nicht beachtet - ist die Entwicklung bei den lokalen Anzeigen-

blättern. Sie haben heute bereits eine Gesamtauflage, die die der BILD-Zeitung wesentlich übersteigt. Es ist keineswegs so, daß diese kostenlos verbreiteten Blätter ausschließlich Anzeigen enthalten. Sie haben zum Teil auch redaktionelle Beiträge und waren beim Bundestagswahlkampf und bei den Landtagswahlen zum Teil in ihrer Informationsgebung auch politisch nicht uninteressant. So etwa in München, wo ein Teil dieser Blätter eindeutig Stellung für die CSU bezog. Die Expansion auf diesem Sektor dürfte mit Sicherheit wesentlich schneller verlaufen als bei allen anderen Zeitungsarten. Das ist eine Art Kassettenfernsehen, von dem niemand redet.

Zeitschriften

- 6. Fachzeitschriften haben im Bereich der Zeitschriften die mit Abstand größte Auflage: 19,3 Mio. Es sind einige tausend Objekte insgesamt. In der Auflagenentwicklung besteht ein positiver Trend, was auch unter politischen Gesichtspunkten beachtet werden sollte.
- 7. Kundenzeitschriften - etwa wie die Anzeigenblätter ziemlich unbekannt und kaum beachtet - mit einer Auflage von 16,8 Mio. Die Entwicklung stagniert. Das sind die kostenlos verteilten Blätter.
- 8. Frauenzeitschriften. Auflage 11,3 Mio. Der Markt ist weitgehend gesättigt; jedoch stark positive Entwicklung für bestimmte Objekte.
- 9. Programmzeitschriften. Auflage 8,8 Mio; positiver Trend. Zwei der fünf Objekte gehören dem Springer-Verlag.
- 10. Yellow-press. Gesamtauflage 7,7 Mio; stark positiver Trend, stärker als bei irgendeiner anderen Zeitschriftengattung. Gegenwärtig existieren neun Objekte.
- 11. Aktuelle Illustrierte. Auflage 6,5 Mio; die Entwicklung stagniert. Insgesamt vier Objekte.
- 12. Autozeitschriften. Auflage 2,9 Mio; positiver Trend; vier Objekte.

- 13. Sonderzeitschriften wie DAS BESTE, SCHÖNER WOHNEN, MERIAN u. ä; Auflage 2,2 Mio; sechs Objekte; leicht positiver Trend.
- 14. Politische Wochenzeitschriften, Magazine mit politischer Tendenz (KONKRET, PARDON); Gesamtauflage 2,1 Mio; positiver Trend; 10 Objekte.
- 15. Erziehung; Gesamtauflage 1,4 Mio; zwei Objekte; ganz leicht positiver Trend.
- 16. Jugend; knapp 0,9 Mio Auflage. Nach der Einstellung von TWEN nur noch BRAVO.

Publikumszeitschriften mit Sondercharakter für kleine Zielgruppen, nur regional verbreitete Publikumszeitschriften und Druckerzeugnisse habe ich hier nicht registriert.

Bezieht man sich auf Publikumszeitschriften mit überregionaler Verbreitung, die mindestens 2 % der Bevölkerung erreichen, so finden wir ein Bild der Konzentration, das völlig anders aussieht als im Bereich der Tageszeitungen. Es zeigt sich, daß vier Verlage fast drei Viertel des Marktes besetzen. An erster Stelle die Verlagsgruppe Bauer, die mit 12 Objekten einen Marktanteil von 35 % hat; an zweiter Stelle der Springer-Verlag, der mit zwei Programmzeitschriften einen Marktanteil von 16 % hält; an dritter Stelle die Burda-Gruppe, die bei sechs Objekten einen Marktanteil von 12 % hat, und etwa gleichauf Gruner + Jahr mit ebenfalls 12 % Marktanteil und elf Objekten.

Nach dieser Aufstellung, die zeigen soll, wie konzentriert der Markt ist, ist der SPIEGEL-Verlag mit einem Marktanteil von 2,5 % der achtgrößte Verlag im Zeitschriftenbereich.

Fernsehen und Hörfunk

In der Bundesrepublik stehen in etwa 17 Mio Haushalten ein Fernsehgerät (83 % aller Haushalte) und in 19,6 Mio Haushalten ein Radiogerät (96 % aller Haushalte). - Das ist die Angebotsseite.

Nutzung der Medien

- 1. Tageszeitungen erreichen pro Tag rund 75 % der Bevölkerung. Etwa ein Viertel der Bevölkerung liest mehr als eine Tageszeitung.

- 2. Das Fernsehen erreicht pro Tag ebenfalls rund drei Viertel der Bevölkerung. In der Regel werden beide Fernsehprogramme genutzt. Dritte Programme spielen nur eine geringere Rolle; sie erreichen 2 bis 4 % der Bevölkerung pro Tag.
- 3. Der Hörfunk erreicht pro Tag 67 % der Bevölkerung. Durchschnittlich werden etwa zwei Hörfunkprogramme pro Tag eingeschaltet.
- 4. Die Publikumszeitschriften erreichen im Erscheinungsintervall insgesamt 87 % der Bevölkerung. Durchschnittlich werden drei bis vier verschiedene Zeitschriften gelesen.

Das heißt, der Durchschnittsbürger wird von einer ganzen Reihe von Medien erreicht. Der statistische Durchschnittsbürger - den es nicht gibt - verbringt pro Tag 3 1/2 bis 4 Stunden mit der Nutzung von Massenmedien. Das bedeutet, bei etwa 8 1/2 Stunden Freizeit wird die Hälfte mit der Nutzung von Massenmedien verbracht (davon etwa 2 Stunden mit Fernsehen).

Dabei ist die Regel, daß mehrere Mediagattungen genutzt werden (im Durchschnitt drei). Wenn man berücksichtigt, daß pro Mediagattung verschiedene Objekte genutzt werden (mehrere Tageszeitungen, mehrere Zeitschriften, zwei verschiedene Fernsehprogramme, verschiedene Hörfunkprogramme), dann beträgt die Zahl der Kontakte, die der durchschnittliche Bundesbürger im Erscheinungsintervall der Medien hat, etwa sieben bis acht verschiedene Medien. Dieses Nutzungsverhalten (Mediamix auch der Rezipienten) ist bei der Diskussion um Konzentration und Monopole zu berücksichtigen.

Das gilt ganz besonders für den Bereich der politischen Information. Mit politischer Information erreicht das Fernsehen an einem durchschnittlichen Werktag 63 %, der Hörfunk 55 % und die Tageszeitung 49 % der Bevölkerung. Nur 6 % der Bevölkerung beziehen an einem durchschnittlichen Tag ihre politische Information ausschließlich aus der Tagespresse.

Nun einige Überlegungen zur laufenden Diskussion um Pressekonzentration und gesetzliche Neuregelungen. - Zur Frage der Konzentration selbst.

- 1. Die Konzentrationsbewegungen bei verschiedenen Presseगतungen verlaufen höchst unterschiedlich: sehr starke Konzentration bei Zeitschriften, meiner Ansicht nach eher noch zu geringe Konzentration bei Zeitungen.

Auf dem Gebiet der regional/lokalen Tageszeitungen wäre meines Erachtens sogar zu überlegen, Konzentration zu fördern. Die Informationsqualität dieser Tageszeitungen ist häufig so beschaffen, daß nichts dafür spricht, diese Tageszeitungen durch Subventionen zu erhalten. - Die Bewertung des Informationsangebotes stammt aus Inhaltsanalysen, die von verschiedenen Instituten und Gruppen durchgeführt wurden.

- 2. Für die Konzentration auf dem Gebiet der Tageszeitung ist ein wichtiger Grund, daß bei der Streuplanung der überregionalen Werbung die in einem Gebiet jeweils stärkste Tageszeitung überproportional mit Anzeigen bedacht wird.
- 3. Die Entwicklung zu stoppen oder gar rückgängig zu machen, würde erfordern: eine beträchtliche Zahl von Neugründungen von Tageszeitungen. Ich sehe keine Chance, daß sich hierfür Verleger bereitfinden (Problem der lokalen Monopole). Aus diesem Grunde erscheint auch eine örtliche bzw. regionale Auflagenbeschränkung nicht praktikabel.
- 4. Einige der Denkmodelle versuchen, sie in öffentlich-rechtliche Konstruktionen zu überführen. Leitbild ist hier vermutlich die rechtliche Konstruktion der Rundfunkanstalten. Hier sollte man darauf hinweisen, daß dieses Modell schon technisch nicht übertragen werden kann. Beim Fernsehen und Hörfunk ist die Zahl der Endabnehmer kein Kostenfaktor. Die Produktionsmittel und die Produktion von Sendungen sind gleich billig oder teuer, ob eine Sendung 0 % oder 100 % der Bevölkerung erreicht.

Dagegen erfordert jedes Presseobjekt eine Annahme über die Zahl der Endabnehmer. Das ist der entscheidende Kostenfaktor.

Eine öffentlich-rechtliche Konstruktion der Tageszeitungen wäre nur dann durchsetzbar, wenn sie als Monopol gestaltet wird, d. h. keine private Initiative auf diesem Sektor zuläßt.

- 5. Wenn man davon ausgeht, daß das Informationsverhalten der Bevölkerung sich dadurch charakterisieren läßt, daß nicht nur die Chance besteht, zwischen verschiedenen Medien und Mediagattungen zu wählen, sondern daß diese Chancen gleichzeitig realisiert werden, käme es weniger darauf an, Monopole oder Teilmonopole innerhalb einer Mediagattung zu verhindern. Es käme vielmehr darauf an, zu verhindern, daß sich Monopole über verschiedene Mediagattungen hinweg erstrecken.

Danach wären fünf Mediabereiche vorstellbar, zwischen denen Überschneidungen nicht zulässig wären bzw. eine Genehmigungspflicht mit Verbotsvorbehalt bestünde. - Innerhalb eines Mediabereichs bzw. einer Mediagattung wären dann keine weiteren Konzentrationsbeschränkungen gegeben. - Lassen Sie mich ausführen, wie ich mir das vorstelle.

- 1. Überregionale Zeitungen (einschließlich überregionale Kauf- und Sonntagszeitungen). Darin keine Konzentrationsbeschränkung.
- 2. Regionale Zeitungen. Hier würde ich dafür plädieren, nicht das ganze Bundesgebiet als Einheit zu nehmen, sondern das Bundesgebiet in Regionen einzuteilen. Es gibt eine Einteilung, die im Bereich der Bundesrepublik verwendet wird, die sog. Nielsen-Gebiete. Wenn man z. B. also den Bereich des NDR nehmen würde, Schleswig-Holstein, auch Bremen und Niedersachsen, oder wenn man Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin und den Südwesten nehmen würde, dann wäre das eine Einheit; darin könnte jede Konkurrenz stattfinden. Es könnten ruhig Auflagensteigerungen usw. versucht werden. Also keine Konzentrationsbeschränkung, aber nicht über dieses Gebiet hinaus.
- 3. Eine Mediagattung, die ich als abgegrenzt vorschlagen würde, wären Zeitschriften.

- 4. Hörfunk und Fernsehen, bei denen ich ausschließlich für öffentlich-rechtliche Konstruktion plädieren würde.
- 5. Sonstige Medien.

Zu überlegen wäre, ob Konzentrationen über die Bereiche hinweg dann zugelassen werden, wenn in besonderer Weise die "innere Pressefreiheit" durch Statut verbindlich gesichert ist. Dann wäre es möglich, gewisse Beschränkungen aufzuheben.

Ich halte es bei der gegebenen Situation und bei dem Angebot, wie es jetzt ist, sowie bei der Nutzung durch die Bevölkerung für möglich, mit solchen Kategorien zu arbeiten und auf diese Weise bestimmte Konzentrationsbeschränkungen durchzusetzen, die aber sinnvoll sein müßten. Ideale, hundertprozentig sichere Modelle wird es nicht geben. Man kann nur sofort überlegen, was wichtig ist und in welchen Medien man jetzt oder sehr bald wichtige Positionen besetzen soll. Für Planungen für gesetzgeberische Maßnahmen sollte man es sich sehr nüchtern überlegen.

Man kann gegen die Vorstellungen, wie ich sie hier entwickelt habe, einwenden, daß sie unrealistisch seien. Schön, aber ganz sicher scheinen sie mir nicht utopisch zu sein. Das ist, was mir bei den vielen Plänen, die zur Zeit kursieren, doch gegeben zu sein scheint. Ich glaube, es ist unsinnig, in bezug auf Pressegesetzgebung in Überlegungen hineinzugehen, die öffentlich-rechtlicher Art sind.

Staatssekretär Bahr: Sie meinten, daß die Fachzeitschriften mit 19 Mio. Auflage politisch relevant seien.

Ernst: Ich stelle mir vor, daß eine Zeitschrift für den Tischlermeister sicher bestimmte politische Inhalte hat. Das läßt sich durch Inhaltsanalysen belegen. Wenn es geht, dort Mittelpolitik auszubreiten, kann man sich dafür eine große Zahl von Fachzeitschriften vorstellen. Dort werden bestimmte gesellschaftspolitische Themen angeschnitten. Bei der ungeheuren Auflage und dem Gewicht und dem Ansehen, daß diese Blätter für die jeweilige Zielgruppe haben, ist das verständlich.

In medizinischen Standeszeitschriften ist ein Artikel, der einen politischen Zungenschlag hat, sehr wirkungsvoll.

Prof. Dr. von Hentig: Machen Sie einen Unterschied zwischen Fach- und Verbandszeitschriften?

Ernst: Das ist von Sparte zu Sparte verschieden. Nehmen wir die medizinischen. Darin wird eine Menge Standespolitisches abgehandelt, was ins Gesellschafts- und Innenpolitische hinübergeht. - Man spricht im allgemeinen von ihnen nicht.

Prof. von Hentig: Ich wollte noch nach den kirchlichen Zeitschriften fragen.

Ernst: Die kirchlichen Zeitschriften spielen von der Nutzung durch das Publikum her eine zu vernachlässigende Rolle. Wir haben einige Untersuchungen gemacht. Wenn eine aktuelle Illustrierte von 4 bis 5 Menschen im Haushalt gelesen und dann weitergegeben wird, hat man bei Kirchenzeitschriften im allgemeinen 1 oder 1,2 Menschen.

Prof. Dr. Meistermann: Gilt das auch für Gewerkschaftszeitungen? In welcher Gruppe sind sie untergebracht?

Gerhard Unholzer (Infratest): Ich habe eine Arbeitnehmeruntersuchung, wo nicht die Auflage, aber die tatsächliche Nutzung der Gewerkschaftszeitungen festgestellt wurde. Die Nutzung, bezogen auf die gesamte Arbeitnehmerschaft, lag bei 5 % - 10 %, bei Gewerkschaftsmitgliedern bei 15 - 20 %.

Ernst: Nicht alle Gewerkschaftsmitglieder lesen die Gewerkschaftszeitungen.

StS Bahr: Ich habe eine Frage zur Qualifikation. Gibt es Mengenziffern, mit denen man zwischen einem relativ kleinen Objekt, das stärker meinungsbildend ist, und anderen unterscheiden kann?

Ernst: Wenn es um standespolitische Fragen geht, ist die Fachzeitschrift für den Metzgermeister wichtiger als der SPIEGEL. Wenn es um allgemein-politischen Kommentar geht, ist der SPIEGEL sicher von höherem Gewicht als viele andere. Das ist ein Thema, das in der Medienforschung stark diskutiert wird. Sicher ist ein Beitrag in einer renomierten regionalen Tageszeitung, die eine Auflage von 50 000 hat, in vielen Fragen für den Leser "hängenbleibender" als manche SPIEGEL-Geschichten. Gewicht haben das Fernsehen und der Rundfunk mit dem offiziellen Charakter. Also, ich würde mich nicht trauen zu sagen: das Gewicht ist da größer. Aber für bestimmte Meinungsäußerungen kann man solche Gewichte feststellen.

Ich sprach von publizistischen Einheiten und daß die Tendenz zum Monopol in einzelnen Regionen besteht. Ich möchte Ihnen einige Ziffern über Zuwachsraten für große Zeitungen nennen. Wir haben dieselben Erscheinungen des lokalen Monopols in den USA, in England und auch in Frankreich. Einige Zahlen für Nordrhein-Westfalen 1966 - 1970: WAZ Auflage + 13 %, NEUE WESTFÄLISCHE + 36 %, RHEINISCHE POST + 13 %, KÖLNER STADTANZEIGER + 8 %.

Der Trend ist, daß die größere Zeitung am Ort, wenn zwei konkurrieren, das größere journalistische Angebot bringt. Weil sie mehr Auflage bekommt, bekommt sie mehr Werbung. Da zwei Drittel der gesamten Einnahmen dieser Zeitungsverlage durch Werbung gedeckt wird, können sie journalistisch mehr tun. Das "beißt sich in den Schwanz" und ist nicht zu durchbrechen. Für den zweitgrößten am Ort ist es nicht möglich, wirklich wirtschaftlich zu florieren.

Die RHEINPFALZ hat um 39 % zugenommen; da sind Zukäufe, aber auch Entwicklung der Auflage drin. FRANKFURTER RUNDSCHAU + 39 %, FRANKFURTER NEUE PRESSE + 16 %, BADISCHE ZEITUNG + 18 %, SCHWARZWÄLDER BOTE + 25 %, STUTTGARTER NACHRICHTEN (72 000 Auflage) + 2 %. Es gibt deutliche Unterschiede. Der MÜNCHNER MERKUR hat um 3 % zugenommen, die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG um 21 %. Das ist ein Musterbeispiel für die erste und zweite Zeitung

am Ort, ebenso wie FRANKFURTER RUNDSCHAU (146 000 Auflage) mit 39 % Zunahme und FRANKFURTER NEUE PRESSE mit 16 %. Aber Frankfurt wie München sind Plätze, wo sich zwei Zeitungen halten können.

Wau:

Wau: Das gilt nicht für Bielefeld, wo man neben der NEUEN WESTFÄLISCHEN das WESTFALEN-BLATT hat.

Ernst: Aber in Bielefeld wird es nicht lange so bleiben.

Wir haben 650 Stadt- und Landkreise und wir haben 140 publizistische Einheiten. Davon entfallen einige noch auf einen Landkreis. Sagen wir mal, noch 120 Stadt- und Landkreise werden mit publizistischen Einheiten versorgt. Die größeren Tageszeitungen - 40 Tageszeitungen haben eine Auflage über 100 000 - werden weiterhin stärker zunehmen und die anderen werden verlieren.

Mein Eindruck ist, wenn man sich Inhalte von kleineren Tageszeitungen ansieht, gerade auch von Maternzeitungen oder Kopfblättern, daß es eigentlich nur wünschenswert sein sollte, wenn hier weitere Konzentration stattfindet. Sie sind in ihrem Informationsgehalt günstigenfalls so wie BILD, meist schwächer. Es gibt sehr genaue Untersuchungen darüber, die das bestätigen, was ich hier ausgeführt habe.

Senator Ruhnau: Was Sie sagen, hat viel für sich. Aber ich habe den Eindruck - täusche ich mich da? -, daß Sie im Grunde genommen für die Entwicklung auf eine Zeitung hin plädieren, weil die andere weniger Wert in der Aussage hat.

Ernst: Ja. Und selbst die zweite Zeitung hat keine Chance, weil sie geringer in der Auflage ist und daher weniger Beiträge aus der Werbung erhält. Ich bin sehr dafür, etwas pro Region dazu zu setzen. Hier sollte man sich amerikanische Entwicklungen ansehen. Etwa regionale, lokale Wochenzeitungen - das Feld der Sonntagszeitungen ist sehr schwach besetzt - zusätzlich zu den regionalen Abonnements- und Tageszeitungen. Es ist unaufhaltsam,

daß es auf ein Monopol pro Kreis hinauslaufen wird.

Prof. von Hentig: Muß man eigentlich mindestens 25 % Zuwachs haben, oder genügen auch 5 %? Wo ist die Grenze?

Ernst: Im Durchschnitt kommen zwei Drittel des Einkommens aus der Werbung. Wenn eine Zeitung ein quasi Monopol hat, ist es egal, ob die Auflage wächst oder sinkt. Solange sie die Werbeeinnahmen in hohem Maße absorbiert, kann sie existieren. Stehenbleiben ist unter Umständen wirtschaftlich besser als Wachsen, weil mehr Papier verbraucht, der Vertrieb kostspieliger wird usw.

Günter Gaus: Wenn der SPIEGEL eine Auflage von 800 000 hätte, könnten wir mehr Geld machen als mit unserer jetzigen Auflage.

Gerhard Gründler: Die FRANKFURTER RUNDSCHAU kämpft mit der Frage, ob sie bundesweit gehen oder sich auf den Frankfurter Raum beschränken sollte. Bundesweit hätte erst einen Sinn, wenn sie eine entsprechende Anzeigenauflage hätte.

Ernst: Es gibt die Feststellung, ob überhaupt, und wenn ja, wie viele Nachrichtendienste eine Zeitung bezieht. Eine Zeitung, die drei Nachrichtendienste bezieht und auf die Weise kontrolliert, was die bringen, und zu Meldungen verarbeitet, ist höher einzustufen. Das hängt stark von der Auflage ab. Mit systematischen Auszählungen und Inhaltsanalysen über längere Zeiträume und verschiedene Wochentage ist das festgestellt worden: wo sind Meinungsartikel und wo sind nur Meldungen, die aus einem Nachrichtendienst genommen worden sind.

Die kleineren Zeitungen tun keineswegs mehr im lokalen Meinungsartikel als die größeren. Also auch im lokalen Bereich ist die Meinungsinformation, z. B. die Stellungnahme gegen irgend welche Behördenmaßnahmen, wesentlich schwächer bei den kleineren Zeitungen als bei den mittleren und größeren. Daher meine ich, daß das Informationsangebot und die Auswahl der

Meldungen bei den kleinen wesentlich schwächer als bei den größeren ist.

Jochen Steffen: Was die Flensburger die "frischen Toten" nennen, ist nicht drin. Viele Leute fangen die Zeitung mit den Todesanzeigen an.

Gaus: Wenn man in einem solchen Kreis, wo doch überwiegend Sympathisanten der SPD sind, miteinander über Pressekonzentration spricht, erscheint mir sehr notwendig, daß eines sehr deutlich festgehalten wird. Die SPD muß bei der Pressekonzentration nach meiner Meinung herunter von der Vorstellung, die Bewahrung jeder Lokalzeitung trage zur Meinungsvielfalt in der Presse-landschaft bei. Das kann man aus dem Vortrag von Herrn Ernst lernen und auch außerhalb dieses Vortrages sehen.

Ich möchte weiter gehen und sagen: Da, wo sich - zum Teil unter den bedauerlichen Anti-Konzentrationsrufen der SPD - Kleinstzeitungen zusammengeschlossen haben, hat meinungsmäßig die SPD davon profitiert, denn die Kleinstzeitung, nicht in einem Verbund zusammengefaßt, hat in der Regel ausschließlich mittelständische Interessen vertreten, sie hat keine Übereinstimmung zwischen SPD- und mittelständischen Interessen herstellen können und hat eher anti-SPD artikuliert.

In dem Maße, in dem durch Addition solcher Kleinstzeitungen per Konzentration größere Zeitungen entstanden sind, wuchs - und sei es nur aus journalistischem Ehrgeiz, den man früher nicht befriedigen konnte und den man jetzt allenfalls befriedigen kann - eine größere Bereitschaft, auch die andere Seite, in diesem Fall die SPD, zu Wort kommen zu lassen.

Daher der 1. Punkt meines Diskussionsbeitrags: Wenn man über die Gefahren der Pressekonzentration nicht nur als Sozialdemokrat, sondern allgemein nachdenkt, muß man aufhören zu meinen, das Verschwinden jeder kleinen Zeitung sei ein Unglück und der Zusammenschluß von kleinen Zeitungen zu regionalen Verbänden sei schädlich. Dies scheint mir nicht bewiesen zu sein.

2. Ich glaube, daß die künftige Anti-Konzentrationsgesetzgebung - oder im Vorfeld einer Gesetzgebung, bis man so weit ist - sich viel stärker als bisher an der Frage orientieren muß: Welche Anzeigentarife, wie detailliert, dürfen bestimmte Zeitungen und Zeitschriften nehmen? Man muß - sehr mühselig und vorerst noch gänzlich unerforscht, nur als Problemstellung bekannt - überlegen, wieweit Teilbelegungsmöglichkeiten auf dem Anzeigengebiet Wettbewerbsvorteile ermöglichen, über die dann Konzentrationsbewegungen in Gang kommen können, die in der Tat negativ sind.

D. h. die Konzentrationsdebatte darf nicht an den Auflagen allein orientiert sein, sondern sie muß an den Anzeigen und den Anzeigentarifen und vor allem den Teilbelegungstarifen orientiert sein.

3. Ich halte es für unmöglich, einzelne Objekte von Staats wegen zu subventionieren. Ich meine, daß man Abwehrmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen gegen Konzentrationsgefahren, da, wo sie wirklich bestehen, auf einem anderen Gebiet finden muß als in der Subventionierung von Blättern, die zwar am Leben erhalten, aber gar nicht gelesen werden. Ich glaube, daß man zur Abwehr von Konzentrationsgefahren eher auf Standesorganisationen hinaus muß, die mit wirklichem Gewicht ausgestattet sind.

Darüber kann man sehr lange nachdenken und kann sich eine ganze Menge von Maßnahmen vorstellen. Ich denke an Verstöße gegen die notwendige Meinungsvielfalt, die heute durch die Zahl der Zeitungen keineswegs mehr gesichert wird, die ausgesprochenen Einseitigkeiten und Unfairheiten. Diese standespolitischen, öffentlich-rechtlichen Organisationen müßten mit einem Renommee versehen sein, daß Zeitungen, die von diesen Kammern verurteilt werden, bestimmte Erklärungen zu veröffentlichen, sich nicht nur diesem Votum nicht entziehen können, sondern daß sie, wenn sie diesem Votum folgen, auch den Kopf ein bißchen einziehen müssen.

Ich glaube, daß darin unter den derzeitigen Umständen mehr Nutzen und Sinn für den Erhalt der Meinungspluralität steckt

als in einer per Subvention ermöglichten Überlebenschance für kleine Zeitungen, die in Wahrheit als kleine Zeitungen eine Meinungsvielfalt gar nicht mehr herstellen können.

Ernst: Eine Anmerkung: Werbung nur in einer bestimmten Auflage unterzubringen, gilt nur für BILD. Sie machen 5 oder 6 Teilbelegungen. Das gilt für kaum jemanden. Bei Zeitungen wird das nicht die Rolle spielen.

Ruhnau: Ich teile im großen und ganzen Ihre vielleicht etwas pessimistische Darstellung der Entwicklung. Ich glaube, man wird den Konzentrationsprozeß mit gar keinem Modell, das in der Diskussion ist, aufhalten können. Da liegt auch die erste politische Gefahr, die wir bei diesen Diskussionen über Springer übersehen haben.

Im überregionalen Bereich gibt es bei der aktuellen Nachrichtenvermittlung eine Konkurrenz. Was morgens in der Tageszeitung nicht gebracht wird, erscheint in den Nachrichten des Rundfunks und, spätestens am Nachmittag, des Fernsehens. Es kann möglich sein, wenn wir unsere Sitze richtig verteilen und davon Gebrauch machen, daß man Nachrichten aktueller Art schon um 10 Uhr im Fernsehen sehen kann. Da kann das auskonkurriert werden.

Im regionalen Bereich ist es so, daß es da ein Gegengewicht überhaupt nicht gibt. Die KIELER NACHRICHTEN sind dafür ein Beispiel. Wenn es in fast jeder Stadt nur eine Regionalzeitung gibt, besteht die Gefahr, daß da die SPD nicht stattfindet, weil derjenige, der die Zeitung macht, entscheidet, welche politischen Lokalinformationen es gibt. Das amerikanische Beispiel des sub-urban newspaper zeigt, daß sich diese Zeitungen sehr entwickeln und daß die Menschen sich dafür interessieren, was in ihrem Bereich passiert. - 1. Frage: Was kann man machen, um dem Mißbrauch solcher Monopolstellungen entgegenzuwirken?

Ich stimme zu, daß die These, die Informationsfreiheit hänge von der Vielzahl der Zeitungen ab, falsch ist. Sie ist unhaltbar, weil die Qualität dieser kleinen Zeitungen, politisch und

was die Informationsverbreitung angeht, nicht sehr groß ist. Trotzdem gibt es das Problem des Mißbrauchs der Monopole. In dem Papier, das die Mißbrauchskommission jetzt versucht auf den Weg zu bringen, ist zu diesem Punkt vorgeschlagen worden, Landespresseausschüsse per Gesetz vorzuschreiben und diesen die Mißbrauchsaufsicht zu übertragen. Diese Mißbrauchsaufsicht soll keine anderen Aufgaben beinhalten, als zu beobachten, was die Zeitungen schreiben, und es soll die Möglichkeit gegeben werden, daß die Stellungnahme in der Zeitung abgedruckt wird. Weiter nichts.

Gegen diese erste Idee haben die Verleger sofort Front gemacht und haben "Zensur" geschrien. Diese Mißbrauchsaufsicht hat damit nichts zu tun. Sie hat die Möglichkeit zu sagen: Eure Informationsverbreitung ist nicht ausgewogen. Wir haben festgestellt, ihr laßt ganz bestimmte Dinge nicht stattfinden. Andere, die keine große Bedeutung haben, laßt ihr stattfinden. Anhand eines solchen Abdrucks kann der Leser mitkontrollieren, ob er in dieser Zeitung ein Informationsangebot bekommt, das er haben will. Das wird einen heilsamen Einfluß auf die Redaktion ausüben, ohne daß man auf eine konkrete Sache eingeht, denn keine Redaktion will sich auf die Dauer nachsagen lassen durch eine solche abgedruckte Stellungnahme, was sie veröffentlicht, sei nicht ausgewogen.

Ernst: Ich halte das für sehr schwierig. Denken Sie daran, was die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Inhaltsanalyse der Tageschau gemacht hat: wie oft Regierung und wie oft Opposition? Wo sind da die Kriterien?

Ruhnau: Sicher ist das schwierig. Aber das Problem des Mißbrauchs dieser Monopolsituation in der Region stellt sich.

Ein 2. Punkt. Ich meine, Ihre These ist absolut richtig. Wir brauchen die Trennung von privatwirtschaftlich organisierten Zeitungen und öffentlich-rechtlich organisierten, finanzierten und kontrollierten Rundfunk- und Fernsehanstalten. Da gibt es einige Gefahren, denen man vorbeugen muß, nämlich daß es

aufgeweicht wird. Stichwort: Kabel. Das könnte man durch gesetzgeberische Maßnahmen so absichern, daß das öffentlich-rechtliche Monopol in diesem Bereich erhalten bleibt.

Was in bezug auf die Regionen nötig ist, wäre eine stärkere Regionalisierung des Fernsehens und Rundfunks. Es ist nicht einzusehen, daß wir nur diese Dritten Programme haben, die wahrscheinlich am meisten denen Spaß machen, die sie produzieren, die aber niemanden interessieren und die diese knappen Wellen belegen.

Es wäre besser, wenn wir einige regionale Hörfunk- und Fernsehprogramme machen würden. Man muß es nicht so perfekt machen wie heute. Ich könnte mir vorstellen, daß es heilsam wäre, wenn man z. B. lokale Kieler oder Lübecker Nachrichten hören könnte.

3. Ich würde gern Ihre Meinung dazu hören, wie man in diesen fünf Bereichen eine Fusionskontrolle organisieren könnte. Ich würde übereinstimmen, daß eine absolute Fusionskontrolle mit Auflagenbeschränkungen nicht realisierbar ist, weil sie automatisch zur Subvention führt. Diejenigen, die daran gehindert werden sollen, etwas Vernünftiges zu tun, werden sofort sagen: Unsere Kosten gehen hoch; das Geld muß der Staat zahlen.

Wahrscheinlich ist es real, in diesen fünf Bereichen Überschneidungsfusionen zu verhindern. Dafür gibt es auch im amerikanischen Bereich Beispiele. Die FCC (Federal Communications Commission) hat Auflagen gemacht, daß Zeitungen ihre Rundfunkstationen verkaufen müssen, wenn sie in derselben Region eine Fernsehstation haben. So etwas Ähnliches müßte man auch hier machen können.

Frage: Könnte man so etwas wie eine Bundesaufsicht für die Massenmedien, ein Bundesamt für Kommunikationsaufsicht begründen, und könnte man diesem, ähnlich wie dem Kartellamt, die Kontrolle übertragen? Wenn man den Staat hineinbringt, wird das Geschrei sehr viel größer, und es stellt sich die Frage, ob es vernünftig ist, den Staat da unmittelbar hineinzubringen.

Es gibt noch einen 4. Punkt, auf den Sie nur am Rande eingegangen sind. Welchen Wert messen Sie der sog. inneren Pressefreiheit zu? Sie sagen, wenn Monopole in einem bestimmten Prozentsatz erreicht sind, müsse die innere Pressefreiheit gestärkt werden. Ich habe meine großen Zweifel, ob die innere Pressefreiheit an dem Monopolmißbrauch etwas ändert.

Ernst: Juristisch habe ich mir die Kontrolle nicht überlegt. Es ist nicht mein Gebiet. Ich meine, bevor man so etwas als "Verordnung" erläßt, müßte man sich über die Definitionen klar sein. Dazu die verschiedenen Kriterien: überregionale, regionale Zeitungen, die Fragen der Gebiete, keine Kontrolle, Auflagenbeschränkung oder ähnliches. Das kann man definieren. Wie das zu institutionalisieren ist, dazu kann ich nicht Stellung nehmen.

Zu der inneren Pressefreiheit. Ich glaube, daß ein Redaktionsstatut, wie es beim KÖLNER STADTANZEIGER verabschiedet worden ist, eine ganze Menge Gewicht haben und eine ganze Menge von Möglichkeiten für die Redakteure bieten kann, mit dem Herausgeber und Verleger tatsächlich in eine harte Auseinandersetzung hineingehen zu können. Ich meine nur, daß das eine zusätzliche Sicherungskontrolle sein kann.

Prof. Dr. Jäckel: Die Sozialdemokratische Wählerinitiative hat sich 1968 zusammen mit dem Konzentrationsforscher Arndt über die Sicherung der Pressefreiheit Gedanken gemacht. Das bezog sich nur auf die Presse und mag zum Teil überholt sein. Sie haben gesagt, daß es sehr schwierig ist, eine Modellösung zu finden. Wir haben damals gemeint, daß man vielleicht folgende Grundlinien berücksichtigen möchte:

- Punkt 1 scheint mir verhältnismäßig leicht zu sein: Die Eigentumsverhältnisse im Pressewesen sind offenzulegen. Bei allen Konzerngesellschaften ist der Name des Pressekonzerns unter dem Titel anzugeben.
- 2. Die Selbständigkeit der Journalisten ist durch angemessene Vertretung in Verwaltungs- und Aufsichtsräten zu stärken.

Gegebenenfalls sind solche Gremien zu schaffen, in denen auch Repräsentanten der Öffentlichkeit, also der gesellschaftlich relevanten Gruppen, vertreten sein müssen.

- Schwierig und wahrscheinlich auf Widerstand stoßen wird Punkt 3: Die Presseverlage (Pressekonzerne) sind progressiv bzw. degressiv zu besteuern. Außer einer progressiven Auflagensteuer sind auf kleine und mittlere Presseverlage beschränkte Steuerbegünstigungen (Mehrwertsteuer, Investitionsvergünstigungen etc.) notwendig.
- Punkt 4 bezog sich auf die Vorschläge der Günther-Kommission, ob die Schwelle der Beeinträchtigung der Pressefreiheit bei 40 oder bei 20 % liegt. Das will ich hier beiseite lassen.
- 5. Wird durch einen Verlag die Pressefreiheit beeinträchtigt, ist er einer Verkaufsauflage zu unterwerfen (Verkauf innerhalb von Jahresfrist). Der Verkauf an getarnte Tochtergesellschaften ist dabei zu unterbinden. Notfalls sind Zwangsverkäufe vorzusehen.
- 6. Neue Rechts- und Unternehmensformen, die der Unabhängigkeit der Presse und der journalistischen Mitarbeiter dienen, sind zu schaffen. Neugründungen, deren Unabhängigkeit institutionell gesichert ist, sind zu fördern.
- 7. Zur ständigen Überwachung der Freiheit der Presse und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit wie der parlamentarischen Gremien sind regelmäßige Hearings durchzuführen.

Ich wollte das als Material mit in die Diskussion einführen.

Heinrich Böll: Wie ist das Verhältnis zwischen Zeitungsbesitz und Druckereibesitz (Produktionsmittel)? Ich glaube, das ist nicht so unwichtig. Ich erinnere mich, daß bei der geplanten Blockade der BILD-Zeitung Herr Springer einigermaßen nervös wurde, als DuMont und andere eventuell erwogen, nicht zu drucken. Druckereibesitz und Zeitungsbesitz sind nicht immer identisch. Gibt es da eine Möglichkeit, Überschneidungen zu verhindern?

Ernst: Zunächst ist anzuführen, daß, was den Bereich Zeitschriften angeht, heute eine gewisse Überkapazität da ist, die dazu geführt hat, daß z. B. Burda bestimmte Druckereien kaum mehr laufen läßt. Es herrscht natürlich ein Kampf der großen Verlage um diese Druckaufträge. Das neueste Beispiel ist, daß FÜR SIE den Druckauftrag von Burda zu Gruner + Jahr gegeben hat. Für diesen Typ der Druckerei, Flachdruck, ist Überkapazität da. Die wären glücklich, wenn die Kontrolle und Verantwortung von irgendeinem behördlichen Gremien übernommen werden würde. Es würde eine Menge angeboten werden.

Böll: Ich möchte Herrn Ruhnau ausdrücklich vor der Vernachlässigung der Dritten Fernsehprogramme warnen. Ich glaube, Sie vergessen, daß diese 2 oder 4 %, die diese Programme sehen, möglicherweise Multiplikatoren sind. Weiter wird vergessen, daß der größte Teil der Dritten Programme, wenn auch honorarfrei für die Autoren, ausgetauscht wird, so daß die Zuschauerzahl 9 mal 2 bzw. 9 mal 4 ist. Das Dritte Programm des WDR wird z. B. noch einmal in Saarbrücken, Bayern usw. gezeigt.

Ernst: Ich würde Sie sehr unterstützen. Ich glaube, daß diese 2 oder 4 % der Gesamtbevölkerung - in absoluten Zahlen sind das 1 bis 1,5 Mio Menschen - ein ganz gewaltiges Gewicht haben, daß das Multiplikatoren sind, während die Regionalprogramme, soweit sie bestehen, z. B. "Zwischen Rhein und Ruhr", von einer tödlichen Langweile sind.

Bundeskanzler Brandt: Derartige Regionalprogramme gibt es eigentlich nicht, denn die Regionalprogramme für Nordrhein-Westfalen decken ein sehr großes Gebiet ab.

Gaus: Ich halte es für möglich, daß wir uns in dieser Diskussion zu sehr in die Detailfragen verlieren. Ich will daher noch einmal sagen: Ich glaube, daß die Konzentrationsdiskussion von der Auflagendiskussion herunter muß. Dies ist nach meiner Meinung nicht das Problem. Und für die SPD muß sie auch herunter von der Frage, Springer und überregionale Blätter. Es geht vielmehr

um die regionale Berichterstattung.

Wenn man dies vor dem Hintergrund dieser Ausgangsbemerkungen, die andere sind als das, was man in den letzten zwei Jahren immer als Konzentrationsproblem diskutiert hat, sieht, dann muß man sagen: Der öffentlich-rechtliche Wächter über die Redlichkeit von Zeitungen in der Berichterstattung birgt die Gefahr, daß nicht die Meinungsvielfalt erhalten bleibt, sondern daß der Generalanzeiger-Typ entsteht, wenn wir Zeitungen entwickeln, die, damit sie das, was dieses Gremium per Gesetz zum Abdruck bringen kann, nicht abdrucken müssen, vielleicht gar keine Meinung mehr haben.

Dies würde ich für einen ganz beträchtlichen Nachteil eines solchen Einfalls ansehen, weshalb ich noch einmal sagen würde: Ich bin eher für die Standesorganisation, bei aller Skepsis gegenüber der Handwerks- oder Ärztekammer, die eine solche Problematik eher regeln kann als ein auf die Presseverhältnisse übertragener Rundfunkrat.

StS Bahr: Wenn ich mir die Standesorganisation in Berlin vorstelle, dann kann ich nur lachen.

Ruhmann: ^{nicht}
Bauer: In Hamburg ist es ^{nicht} besser.

Gaus: Wenn man in Hamburg oder Berlin eine renommierte Presserkammer zusammenstellt, bekommt man auch in Berlin nicht nur Springer, und in Hamburg auch nicht. Dessen bin ich bei den öffentlich-rechtlichen Gremien nicht so sicher.

Ernst: Berlin und Hamburg sind ein Sonderfall. Denken wir an die Dreiviertelmehrheit von Wählern, die in Gemeindegrößen sind, für die das zutrifft, was ich zu skizzieren versucht habe, daß der Trend zum regional/lokalen Monopol da ist und vermutlich nicht aufzuhalten sein wird.

Warum nicht eine andere Überlegung anstellen, wenn man sieht, daß es in Deutschland eine Kategorie wie diese Anzeigenblätter gibt, die wöchentlich verteilt werden. Als Journalist hat man

einen Horror vor diesen Blättern, und sehr viele Journalisten unterschätzen sie. Da steht auf der 1. Seite ein Kasten mit etwas Politischem oder Lokalem. Es ist erstaunlich, wie das gelesen wird. Eine solche Institution ist da und wächst. Das zeigen amerikanische Erfahrungen mit diesen Wochenzeitungen, die auch in England sehr stark verbreitet sind, die sich von der regionalen Abonnementszeitung dadurch unterscheiden, daß sie ein oder zweimal in der Woche kommen.

Wenn man weiß, daß die Leute irgendwie das Gefühl haben, sie würden von Papier überflutet - eine zweite Abonnementszeitung zu lesen, tun nur sehr wenige -, dann müßte man sich überlegen, ob man etwa eine Rote-Faden-Information, nämlich die Führung durch das, was in der Woche oder in den vergangenen drei Tagen geschehen ist, vielleicht durch eine Organisation oder eine Verlagsgruppe fördern sollte; ob man es nun in einzelnen Regionen konzentriert oder wie immer.

Die Versuche, diesen Typ Zeitung zu kreieren - von den Kosten her sind das ein Sechstel des Problems wie bei einer täglich erscheinenden Zeitung -, sind relativ einfach zu machen, und vom Einfluß her ist das sicher nicht zu unterschätzen. Vielleicht ist das der Weg, das lokale Monopol, das sich mehr in der Hand von konservativ orientierten als anderen Leuten befindet, ein bißchen anzunagen und eine zweite Meinung in der Region auf dem lokalen Bereich laut werden zu lassen.

Ruhnau: Wir wollen eine solche Sache an einer Stelle versuchen. Wir wollen es im Zusammenhang mit einer Programmzeitschrift aufziehen. Aber das wird nie ein Gegengewicht werden.

Ernst: Aber, bevor Sie überhaupt kein Gegengewicht haben, ist es besser, so etwas zu haben.

Günter Grass: Wir haben es bisher von der Marktlage her gesehen. Das tut normalerweise der Bürger nicht, der durch die Pressesituation in der Bundesrepublik beunruhigt ist. Er geht vom Grundgesetz aus. Es läßt sich in der Tat nachweisen, daß die

Meinungsfreiheit in einigen Regionen nicht mehr gewährleistet ist. Sie ist besonders dort nicht gewährleistet, wo die letzten sozialdemokratischen Blättchen auch noch eingegangen sind, wo gar nicht die Möglichkeit besteht, etwas zu dementieren oder richtigzustellen, unabhängig davon, ob es überhaupt gelesen wird. In vielen Landstrichen in der Bundesrepublik gibt es nur eine Meinung. Das nimmt bei politischen Kämpfen in Wahlkampfzeiten besonders zu.

Es besteht die Gefahr, daß wir uns in der Diskussion nur im Marktdetail verlieren und von eventuell machbaren Dingen sprechen; z. B. der Vorschlag mit der Wochenzeitung. Aber ich glaube, das ist, wenn wir vom Gesetzgeber aus sprechen - und wir haben die Möglichkeit, etwas zu tun -, nicht der geeignete Zeitpunkt.

In erster Linie wäre jetzt zu überlegen, was in der Legislaturperiode, z. B. was das Redaktionsstatut angeht, gemacht werden könnte. Vielleicht könnten wir uns darauf konzentrieren, weil es in der Tat für viele Provinzjournalisten eine Hilfe wäre, gäbe es ein solches Redaktionsstatut. Ich würde das als Thema für die Diskussion vorschlagen.

Ernst: Ich glaube, daß man zunächst die Marktlage klar haben muß. Man kann den Bürger nicht durch Dekret veranlassen, daß er zwei Zeitungen liest. Es gilt hier ein Gesetz, das anders als beim Radio ist, ob es gehört oder nicht gehört wird. Bei der Zeitung hat die Marktlage ein gewaltiges Gewicht. - Diese innere Pressefreiheit ist etwas, was zu diskutieren wäre.

Grass: Man kann sagen, es gibt Regionen in Deutschland, wo es diese Pressefreiheit nicht gibt. Das ist in einer parlamentarischen Demokratie eine ernste Frage.

Ernst: Man darf nicht vergessen, daß es die anderen Medien Funk und Fernsehen gibt.

Steffen: Wir sollten auf dem Standpunkt stehen, daß der Konzentrationsprozeß gelaufen ist, wie wir das auch verurteilen mögen oder nicht. Eine Debatte über den öffentlich-rechtlichen Charakter von Produktionsmitteln und Vertrieb würde sich lohnen. In Schleswig-Holstein z. B. beginnen die Zeitungen, auf privater Basis zentrale Druckereien und zentralen Vertrieb aufzubauen. Bei dem Tempo dieses Prozesses und der Langsamkeit der Gesetzgebung ist das bald weg. Ich persönlich halte nichts von defensiver - so könnte sie nur sein - Gesetzgebung.

Wir sollten versuchen, uns über die Ursachen des Konzentrationsprozesses zu einigen. Die eine Ursache scheint mir im Gesetz der steigenden fixen Kosten zu liegen. Es ist eine der technologisch sich am schnellsten entwickelnden Branchen gewesen, verbunden mit steigenden Investitionskosten. Zweitens, die Verschärfung dieser ökonomischen Gesetzmäßigkeit durch die Einsetzung von Macht und Kapital der Großen. Ich glaube, mit Gesetzgebung ist da nichts mehr zu machen. Wir haben das unterschätzt, sonst hätten wir auf unserem letzten Parteitag dieses Thema nicht verschoben.

Jetzt ist die Frage: Wie erfolgt die Beeinflussung der Menschen? Ist sie so groß, wie wir meinen? Ich gehöre zu den Leuten, die glauben, daß in normalen Zeiten der aktuelle meinungsbildende Einfluß von Tageszeitungen gering ist. Sonst wäre es nicht vorstellbar, wie die Sozialdemokraten bei einer ausgesprochenen konservativen Zeitung wie in Kiel 52 bis 54 % der Stimmen bekommen haben, praktisch ohne eigenes Publikationsorgan.

Ich sehe eine Gefahr, wenn starke existentielle Verunsicherungen der Menschen eintreten, weil man keine Argumentation an sie herantragen kann, vor allem in Wahlkampfzeiten. Das scheint mir das wirkliche Problem zu sein. Ich glaube, man muß darüber sprechen, weil man sonst die Mittel nicht richtig einsetzt. Die Erfahrungen und Beobachtungen sind widersprüchlich.

Auf der einen Seite würde ich nach meinen Beobachtungen Herrn Gaus recht geben, daß in den gewachsenen regionalen Monopolzeitungen überall in den Redaktionen ein politischer Meinungskampf über die Generallinie der Zeitung stattfindet.

Man neigt dort zu folgenden, wie ich glaube, auch geschäftlich bedingten Kompromissen: Seite 1 und 2 mit der großen Politik und dem Leitartikel werden praktisch durch Bonn inspiriert. Es war verblüffend zu verfolgen, wie in allen regionalen Monopolzeitungen in Schleswig-Holstein die Dinge mit der Änderung der Fünfprozentklausel auf Seite 1 gelaufen sind. Das setzt sich im Leitartikel fort.

Auf der landespolitischen Seite ist die Generallinie pro-CDU. Im kommunalpolitischen und Lokalteil aber, der weitaus am meisten gelesen wird, setzt sich die Lokalredaktion meistens beim Verleger durch, daß sie breit berichtet. Das ändert sich in Wahlkampfzeiten. Dann wird auch die Lokalredaktion "unter den Daumen genommen".

Daher würde ich einem Redaktionsstatut auch eine Bedeutung zubilligen, weil die Kämpfe mit der Richtlinienkompetenz des Unternehmers allein praktisch nicht weggedrückt werden können. Da würde ich einen Vorteil sehen.

Von dieser Standesorganisation halte ich gar nichts, weil eine Analyse der Argumentationsreihen, wie sie an die Leser herangetragen werden, im Wahlkampf zeigt, daß man viel weniger als Meinungsartikel veröffentlichen wird, sondern als Bericht über eine Veranstaltung, die kaum stattgefunden hat.

Das heißt, daß die Zeitung mit der CDU eine Absprache trifft, eine bestimmte Argumentationsreihe in die Welt zu setzen. Drei Leute kommen in einer Kneipe zusammen, und die Argumentationsreihe erscheint in der Zeitung als Bericht von einer Versammlung. Dieselbe Argumentationsreihe wird genauso für die landespolitische Seite fabriziert. Sie wird gestützt durch den Leitartikel.

Hätten wir die Standesorganisation, so könnte sie Anstoß an dem Meinungsartikel nehmen. Dann würde der nicht mehr erscheinen. Dann macht man einen dritten fingierten Bericht. - Wenn da überhaupt etwas zu machen ist, wäre das nur über das Redaktionsstatut zu machen.

Zur Frage unserer eigenen Strategie: Ich halte diese Sache mit der Stadtteilzeitung, vor allem bei neu entstehenden geschlossenen Wohngebieten, für eine durchaus praktikable Sache, und auch die sog. Annoncenzeitung, auch wenn sie dem journalistischen Standesempfinden gegen den Strich geht.

Für wichtig halte ich, vor allem wenn eine Situation mit einer größeren Verunsicherung der Bevölkerung durch sektorale oder regionale Strukturkrisen eintreten sollte, die Wochenzeitung, auch wenn sie teuer ist, die Argumentationsreihen an Manipulatoren heranbringen kann und die durchaus nicht in einem aussichtslosen Kampf steht, wenn man ein Substitut herausbringen kann, um die BILD-Zeitung aus den Betrieben heraus zu bekommen.

Immer aus aktuellem Anlaß. Es ist die Erfahrung, daß oft bei einem aktuellen Anlaß in den Betrieben der Druck einsetzt: Heraus mit dieser Zeitung aus dem Betrieb. Da kommt die Frage der Auflagesteigerung für diese sozialdemokratische Boulevardzeitung. Organisatorisch wäre es zu schaffen, BILD-Zeitung heraus und MORGENZEITUNG herein.

Gaus: Ich glaube, daß man dem Appell von Günter Grass scharf widersprechen muß, wenn man hier bei der Sache bleiben will. Die Frage, ob in Schleswig-Holstein während des Wahlkampfes nur eine Meinung noch vorhanden war, ist keine Frage der Pressekonzentration. Wenn man das weiterhin glaubt, dann begibt man sich auf den Problemstand von 1957. Wenn wir mit dem Problem weiterkommen wollen, müssen wir davon ausgehen, daß, auch wenn alle jenen kleinen Zeitungen in Schleswig-Holstein vorhanden gewesen wären, die es 1957 noch gegeben hat, sich nichts geändert hätte. Es wäre eher negativ gewesen. - (Steffen: Das ist völlig richtig.)

Zweitens: Bevor irgend welche gesetzlichen Möglichkeiten ergriffen werden, wozu ich heute abend noch keinen konkreten Vorschlag gehört habe, eine Möglichkeit gibt es schon heute. Das sind die Regionalprogramme im Fernsehen. Es gibt, auch wenn man es manchmal nicht für möglich hält, sozialdemokratische Vertreter in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die nicht ganz auf dem - das meine ich sehr ernst - Problemstand sind.

Was ist das Problem der regionalen Sendungen? ARD und ZDF streiten seit 1968 darum, wann im sog. Vorabendprogramm - ich finde es ehrlich eine Schande, daß dies immer noch so ist - welches Programm den Werbeblock und den kleinen Film bringt und das Regionalprogramm. Seit 1968 - das bitte ich eine regierende Partei sehr ernst zu nehmen. Und das Regionalprogramm ist nicht nur eine Sache der SPD, sondern auch der CDU und der FDP. Ich finde, es ist ein Armutszeugnis für diese Parteien, wenn von ihnen bestellte Intendanten, Programmdirektoren und Rundfunkräte darüber streiten, wie das koordiniert werden kann.

Eines ist wohl klar: Wenn es weiterhin so bleibt wie bisher, daß gegen einen Werbeblock im Programm X "Der Kurier der Kaiserin" im Programm Y steht, wohin gehen wohl die Zuschauer? Wenn gegen ein Regionalprogramm im ARD "Der Kurier der Kaiserin" im ZDF steht, wohin gehen wohl die Leute? Sicher nicht zum Regionalprogramm. Das ist ein Problem, das ich ernster nehme, da die Pressekonzentration so weit fortgeschritten ist.

Wenn man sagt, das Regionalprogramm soll gesehen werden, und wenn man sagt, wenn es gesehen wird, dann kann man irgendwann auch verantworten, daß man vom Regionalprogramm in wichtigen Fragen zum Lokalprogramm kommt, daß in Schleswig-Holstein aus dem Regionalprogramm einmal in der Woche ein Kieler Programm wird, und dies auch in Landtagswahlkämpfen, dann muß man natürlich dieses Regionalprogramm gegen den Werbeblock im anderen Programm setzen.

Wenn man als Parteienbeauftragter im öffentlich-rechtlichen System, Rundfunkrat, zuläßt, daß dieses Regionalprogramm, das seit Jahren für viel Geld produziert wird, gegen den "Kurier der Kaiserin" steht, dann kann man sich nicht wundern, wenn das Regionalprogramm für die Blindenanstalten gemacht wird.

Wenn man hier nicht sieht, wie man gegen die Pressekonzentration vorgehen will, wenn man mein Argument ernst nimmt, daß diese Pressekonzentration die Presse im Sinne von mündigen Bürgern verbessert hat, und wenn man dann sagt, das Regionalprogramm des NDR ist wichtig, dann möchte ich hören, wieso die SPD es

seit 1968 zuläßt - seitdem ist diese Debatte im Gange -, daß die Rundfunkräte der SPD ihrer Partei noch nicht gesagt haben: Wir können uns leider gegenüber den Werbechefs der Rundfunkanstalten und Programmdirektoren und Intendanten nicht durchsetzen, wenn das teure Regionalprogramm gegen einen bestimmten Werbeblock und einen Film steht. Das ist ein Punkt, der heute abend genannt werden muß und bei dem man sagen muß: Dies ist der Punkt.

Drittens müssen wir heute abend einen Unterschied^{machen} bei dem Problem der Meinungspluralität zwischen der Konzentration allgemein und der Frage, was die SPD in dieser Situation tun soll. Natürlich wäre es schön, man würde eine BILD-Zeitung machen. Aber das ist ein anderes Problem.

Wenn man unabhängig von der Frage, wer regiert, über Meinungsvielfalt spricht, muß man die öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten mehr nutzen. Ich hätte dasselbe in einer CDU-Runde auch gesagt; für die gilt dasselbe. Hier versagen alle Parteien aus einer Schlamperei der von ihnen gestellten Rundfunkräte heraus.

Man muß sich fragen: Muß man denn an der Vorstellung festhalten, man müsse per Subvention etwas machen - was ich für falsch halte -, oder muß man dahin kommen, daß man sagt: Laßt uns Gesetze im Sinne des Vortrags von Herrn Ernst schaffen, daß man Kategorien und Regionen aufstellt, über die ein bestimmtes Blatt nicht hinaus kann. Und laßt uns herunterkommen von der Diskussionsvorstellung des Jahres 1957, wo wir meinten, wenn es in Schleswig-Holstein acht Blätter gibt, sei die Meinungsvielfalt da.

Prof. von Hentig: Nach dem, was Günter Gaus gesagt hat, ist es schwer, noch etwas hinzuzufügen. Ich bin einer von den Sympathisanten. Ich bin zu nichts anderem hier, als um die Rolle des politischen Laien zu spielen und mit dieser Laienvorstellung zu kommen. Ich verstehe nicht die von Günter Gaus bezeichnete Negativbilanz. Ich verstehe viel zu wenig, wie weit das Konzentrationsproblem ein Scheinproblem ist.

Ich verstehe vor allem nicht, was Anzeigentarife bedeutet. Wenn ich meine Zeitung sehe, ist sie voll komischer Anzeigen. Man müßte fragen, wozu sie da sind. C&A zeigt Zeichnungen, auf denen man nichts erkennen kann. Dies alles verstehe ich überhaupt nicht.

Ich verstehe aber doch, daß das zusammen genommen eine bestimmte Mentalität erzeugt, vor der ich die Partei, der ich Gutes wünsche, warnen möchte. Parteien dürfen nicht konsumiert werden in C&A-Kleidung usw. Die Möglichkeit, das Parteipotential auf diesem Wege zu steigern, halte ich nicht für aussichtsreich. Wenn wir nicht wirkliche öffentliche Neugier erzeugen, dann ist politisch überhaupt nichts gewonnen.

Herr Steffen, Sie schienen mir anzudeuten, daß wir die Praktiken der erfolgreichen Meinungsblätter für die Politik mitmachen sollten. So sehr ich das für die Anzeigenblätter abgelehnt habe, halte ich es nicht für möglich, eine linke BILD-Zeitung zu konstruieren. Das Prinzip der BILD-Zeitung ist nicht frei von Sex, und sie hat so eine merkwürdige graphische Aufteilung. Die BILD-Zeitung gibt dem Leser ständig das Gefühl, the world is out of joint, the Welt ist ständig in Unordnung. Nur du, Leser, bist auf der richtigen Seite. Dies könnte eine politische Zeitung, auch nicht eine politische CDU-Zeitung, tun. Das ist eine *contradictio in adjecto*.

Wir haben sehr viel von dem Markt, aber sehr wenig von den Wirkungen und ihrer Analyse gesprochen. Auch der Pädagoge weiß, daß die Nachricht nicht so an den Leser kommt, sondern erst dadurch, wie sie ein anderer mit ihm teilt. Der "Weiße Riese" wird nicht gekauft, weil er auf dem Bildschirm erscheint, sondern weil die Nachbarin gesagt hat: den habe ich probiert.

Diese Mittel müßte man in die Politik bringen. Deshalb bin ich dafür, daß die lokale Presse erhalten bleibt, aber daß das Interesse für die Politik über das, was vor der eigenen Haustür geschieht, geweckt wird und nicht über etwas anderes. Das andere ist alles Konsum. Wenn Herr Gaus mit Herrn Schröder diskutiert, kann man das genauso konsumieren.

Das Dabeisein sei alles, sagt man uns. "Wenn Sie den STERN lesen, sind Sie dabei!" So sind wir bei den Nachrichten dabei, ob das nun ein Skandal oder etwas anderes ist. Das ist eine unpolitische Haltung. Es gibt eine Form, sich mit der Politik abzufinden, indem wir den unpolitischen Teil der Politik aufnehmen; unpolitische Politik. Ich glaube, der SPD, nicht nur wenn sie in der Opposition, sondern erst recht wenn sie in der Regierung ist, bekommt dies schlecht.

Bundesminister Ehmke: Eine Frage ist aufgeworfen, die keiner richtig beantworten kann. Die Massenmedien wirken auf die Menschen. In unserer Diskussion wird der Pressebereich ungeheuer überschätzt, glaube ich. Von dem Gesetzgebungsprogramm her ist das wichtigste die Idee der Gewaltenteilung, wie ich es nennen will. Zwischen Fernsehen und Presse ist es relativ einfach. Wir brauchen nichts zu entflechten; es gibt keine Verflechtung von Presse und Fernsehen. Ernst hat gesagt, er sei dafür, Fernsehen und Radio öffentlich-rechtlich zu halten, d. h. in der Programmgestaltung unter der Kontrolle dieser vielfältigen Kräfte der Gesellschaft.

Da gibt es drei wesentliche Bereiche; ich lasse die Fernsehzeitung heraus. Das eine ist der GigaHertz-Bereich, in dem wir die neu zu vergebenden Wellen haben. Durch die später stattfindende Kopenhagener Konferenz haben wir da Zeit gewonnen. Hier wird der Bereich der regionalen Programme wesentlich erhöht werden können. Hier ist die Frage: Wer soll das machen? Sollen das die bisherigen Anstalten machen oder regionale Anstalten? Wie soll das organisiert werden?

Bei den Regionalprogrammen kommt das Problem hinzu, das Günter Gaus angesprochen hat, daß die SPD in diesen Rundfunk- und Fernsehräten keine einheitliche Linie hat, nicht einmal in der Personalpolitik.

Der zweite wesentliche Bereich, der einen technischen und einen politischen Aspekt hat, ist das Kabelfernsehen. Das ist nicht etwas Theoretisches. Die "Neue Heimat" fängt an, die Trabanten-

städte mit Kabelfernsehen einzurichten. Wir werden Trabantenstädte mit 30 000 bis 80 000 Einwohnern haben, die von einer Fernsehanstalt bedient werden. - (Ernst: In den USA gibt es einige tausend Kabel-TV-Systeme.)

Die Frage ist: Wo bleiben die öffentlich-rechtlichen Grundsätze? Das Problem ist, soll für München-Perlach und in jeder Trabantenstadt eine Art Rundfunkrat gebildet werden? Diese Frage müßte der Landesgesetzgeber lösen. Der Bund kann nach dem Fernmeldegesetz nur das Technische machen. Beim Kabelfernsehen ist es so: Entweder man hat ein Studio, dann ist die Frage, wer macht die Programme? Oder man macht es mit Kassette, dann ist die Frage, wer entscheidet, welche Kassetten benutzt werden? Dabei gehe ich davon aus, daß die Kassettenproduktion eh frei sein wird.

Wir haben mit Erfolg verhindert, daß Springer den Olympiafilm bekommt. Das ist durch Zufall bekannt geworden. Wenn Springer die Olympia-Kassette gemacht hätte, würde der Kassettenmarkt weitgehend entschieden worden sein. Wenn beim Kassettenfernsehen die Sendezentralen lokaler Art Kassetten benutzen, wird eine wesentliche Frage sein, ob Springer seine Auflage etwas größer macht oder nicht.

Die eine Frage ist also die Trennung von Presse und Fernsehen. Die zweite Frage ist: Wieweit läßt sich die öffentlich-rechtliche Struktur, die wir jetzt in den Großanstalten haben, in dem lokalen Bereich durchhalten? Daß man die Kassettenproduktion kontrollieren kann, glaube ich nicht. Dann kommt in weitem Abstand der Pressebereich. Die bisherige Konzentration hat nicht geschadet.

Bundeskanzler Brandt: Ist es heute nicht schon so, daß die Juristen zu einem wesentlichen Teil dazu neigen, daß es bei der Kassette eine freie Produktion wie etwa bei der Schallplatte geben wird?

BM Ehmke: Bei der Presse ist es so, daß für die Journalisten das Redaktionsstatut im Presserechtsrahmengesetz gemacht werden wird, wobei die Zeitschriftenverleger durch Gesetz verpflichtet werden. Ich glaube, daß eine gemeinsame Versorgungskasse von Rundfunk und Presse für die Freiheit der Journalisten wichtiger ist als das Redaktionsstatut, damit sie ohne Verlust von Ansprüchen zwischen beiden Medien wechseln können. Das wird zu machen sein. - (Gaus und andere stimmen zu.)

Von der Regierung kann ich sagen: Wir bekommen das Redaktionsstatut und das Presserechtsrahmengesetz. Wir bekommen keine Fusionskontrolle, jedenfalls nicht in der Kartellgesetznovelle. Der Fernmeldebereich ist technisch abgeklärt, GigaHertz und Kabelfernsehen.

Was vom Inhalt kommen könnte, müßte der Landesgesetzgebung - Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts - überlassen bleiben. Man müßte versuchen, eine einheitliche Gesetzgebung in den Ländern hinzuzubekommen. Das ist eine ganz schwierige Operation bei der schnellen technischen Entwicklung auf diesem Gebiet.

Ruhnau: Mit dem heutigen Rundfunkbegriff kann man eigene Kabelsysteme in Vorstädten abdecken. Die Frage ist, ob man den heutigen Rundfunkbegriff per Rahmen Bundeskompetenz verbindlich machen kann. Wenn dies Rundfunk ist, dann ist eine ganz andere Position gegeben, als wenn es nicht Rundfunk ist. Dieser Punkt muß über die Landesrundfunkgesetze geklärt werden. Hier muß man prüfen, ob man über eine Bundesrahmenkompetenz diesen Begriff für alle verbindlich machen kann.

Die "Neue Heimat" hat nicht vor zu verkabeln, um eigene Programme zu machen. Die Verkabelung erfolgt, um in dem Hochhausbereich zu einem einwandfreien Fernsehempfang zu kommen. Das amerikanische Prinzip mit der Verkabelung ist entstanden, weil man dort die Vollversorgung hat. Wo man mit CBS nicht hinkommt, wird es über Kabel geleitet.

Bei GigaHertz gibt es im Augenblick viele technische Meinungen. Ich glaube, daß für die Vergrößerung der angebotenen Breite bei Fernsehen und Rundfunk das Kabel besser geeignet ist als GigaHertz. In einer Großstadt ist mit GigaHertz nicht viel zu machen. Fachleute meinen, GigaHertz müsse man für die Satelliten frei halten. Die Amerikaner können heute einen Satelliten mit einem Strahlungswinkel auf Deutschland, die Niederlande und Dänemark hochbringen, um ein deutsches Programm zu senden. Niemand kann sie daran hindern.

In 20, 30 Jahren werden wir viele Bereiche voll verkabelt haben, weil bei der Urbanisierung und dem jetzigen Städtebau ein einwandfreier Fernsehempfang überhaupt nur über Verkabelung möglich sein wird.

Wenn wir den Rundfunkbegriff gesetzlich verbindlich festlegen, können wir erreichen, daß auch bei einer Verkabelung dieses Programm durch öffentlich-rechtliche Anstalten gemacht wird. Mit diesen Rundfunkräten können wir keine Politik machen. Wir haben es auch nicht richtig versucht.

Bundeskanzler Brandt: Ich komme zur Presse zurück. Wenn es darauf angekommen wäre, wieviel Blätter sie auf ihrer Seite gehabt haben, dann wären weder in Amerika ein demokratischer Präsident noch in England ein Labor-Premierminister noch in der Bundesrepublik ein sozialdemokratischer Bundeskanzler gewählt worden.

Zur Presse: Ich fürchte, daß das, was man innere Pressefreiheit nennt, weit überschätzt wird. Trotzdem wird man sich nicht dagegenstellen können. Wenn wir ein Presserechtsrahmengesetz machen, wird das hineinkommen. Es ist nicht nur so, daß in Diktaturen die Menschen nach einer bestimmten Zeit glauben, sie seien freier, als sie in Wirklichkeit sind. Das gibt es auch in der Ordnung, die wir haben.

Dieses Redaktionsstatut wird eine wirkliche Bedeutung nur für einen ganz kleinen Kreis leitender Damen und Herren bekommen, weil sie dann im Konfliktfall woanders hingehen können, oder sie haben einen Vertrag, der gut genug ist, um materiell gut auszusteigen.

Wenn ich mir vorstelle, Herr X, der gegenwärtig im Bundesdienst ist, will selbst aus irgend welchen Gründen zur Presse und will nicht in den Rundfunk, und er geht zu seinem früheren Verleger, dann hilft ihm dies überhaupt nichts. Er käme als Korrespondent nach Paris und würde, indem er dies annimmt, bereits wissen, daß nur ein Teil von seinen Berichten erscheinen wird. Und gestützt auf das Statut kann er nicht sagen, man solle alles drucken. Das nützt also nicht.

Die Leute in der BILD-Zeitung sind nette Leute, wenn man sie einmal trifft. Nach einer bestimmten Zeit - sogar solche, die früher beim SPIEGEL waren - finden sie, so schlimm sei es nicht. Dann entsteht dort eine Kameraderie.

Ich sage noch einmal: Bedeutung bekommt das Statut für den Chefredakteur, für den wichtigen Ressortchef. Für die anderen hat es überhaupt keine Bedeutung. Für sie ist die Frage, wenn sie sich auf das Statut berufen, ob sie sich eine Chance im Blatt damit schaffen oder verbauen.

Ich würde dem Gedanken der Kontrolle - als Arbeitstitel - oder dieser regulierenden Mißbrauchsaufsicht trotz des Widerspruchs von Jochen Steffen weiter nachgehen. Eine Voraussetzung wäre, daß man rechtzeitig klären müßte: Für welche Art von Zeitungen soll das gelten? Das kann doch wohl nur für die Tagespresse - die Sonntagspresse würde ich dazu zählen - gelten. - (Gaus: es gilt nur für die mit dem Anspruch, Nachrichten zu übermitteln.)

Da könnte es schon eine Bedeutung haben, wenn man einmal im Vierteljahr darauf hinweist: Sie haben fünf Beispiele in einem Zeitraum, wo sie eine bestimmte Sache pflanzen oder etwas, was woanders gepflanzt wurde, kultivieren, ohne je zur Kenntnis zu nehmen, daß sich dazu auch andere geäußert haben. Ich würde das nicht fallenlassen, sondern darüber weiter nachdenken.

Ich würde auch dem einen Modell von Wolfgang Ernst mit den regionalen Abgrenzungen und Begrenzungen, daß sie nicht übergreifen dürfen, nachgehen.

Für ganz entscheidend halte ich, was über das Regionalfernsehen gesagt worden ist. Ich habe mir notiert, daß bei der Gelegenheit gefragt worden ist, ob sich die SPD überhaupt um Hörfunk und Fernsehen kümmert. Das tut sie sicher. Das war mal schon mehr als eine Kleinigkeit besser. Gegenwärtig geschieht auf dem Gebiet sicher zu wenig. Das muß man sich anschauen und man muß sehen, wen wir dafür gewinnen können, der sich darum kümmert. Das mit dem regionalen Programm muß nicht auf Kosten des Ausbaus des Abendprogramms gehen. Sonst verspreche ich mir davon eine Menge.

Schiller will zwar eine Kartellnovelle und eine Fusionsvorlage machen, aber eine Definition dessen, was Rundfunk ist, müssen wir uns überlegen. - (BM Ehmke: Ich sehe da nicht viele Probleme.)

Runhau: Wenn man die Presserechtsrahmenkompetenz hat, muß man sie auch hier haben. - (BM Ehmke: Rundfunk ist nur im Art 5 GG angesprochen.) - Dann kann man hilfsweise das mit dem Kabel nur über die Post in den Griff bekommen.

BM Ehmke: Wenn man über das Kabel nur überregionale Fernsehprogramme aufnimmt, dann fällt es unter Weiterverbreitung von Rundfunk. Interessant ist aber die Produktion neuer Programme. Kabel gibt die Möglichkeit, zusätzliche Programme - sei es eigene oder aus der Konserve - zu bringen. Und dazu braucht man Landesgesetze.

Gaus: Wir brauchen vom Bund eine Definition, damit die Landesgesetze einschlägig ausfallen. Wenn man keine bundeseinheitliche Definition macht, kann man für Bayern, das Saarland und Schleswig-Holstein nichts mehr machen. Man muß ihnen einen Maßstab geben, damit sie bestimmte Dinge nicht tun können.

Bundeskanzler Brandt: Wenn die Kompetenz nicht anders zu erreichen ist, dann ist sie durch den Dreh zu erreichen, die Stellung der Journalisten zu verstärken.

Gaus: Aber bitte erst in zweiter Linie. Erst müßte vom Bund die bundeseinheitliche Definition kommen. Geben Sie Ihren Herren nicht diese Ausweichposition.

Heinrich Böll: Gesetze sind eine wunderbare Sache. Aber ich glaube nicht, daß irgendein Gesetz, so gut es auch sein mag, der SPD eine Stimme bringt. Wir sitzen hier als Sympathisanten zusammen. Auch durch das Redaktionsstatut wird sich in der AACHENER VOLKSZEITUNG nichts ändern. Im Gegenteil, die Redaktion wird so zusammengesetzt werden, daß eine Änderung gar nicht möglich sein wird. Die Hoffnung auf die Legalität möchte ich verwässern.

Soweit ich es verstehe, ist das Kabelfernsehen etwas für Großstädte. Hat die SPD etwas noch in den Städten zu gewinnen? Das Interessante sind diese 25 % der Wähler in den kleinen Gemeinden. Ich glaube, daß man für diese Gemeinden das Zeitungslesen als wichtigen politischen Einfluß unterschätzt. Ich lebe in einer Gemeinde mit unter 100 Einwohnern. Die Zeitungen, die da um 11 oder 13 Uhr kommen, sind für die Leute, die ich kenne, viel wichtiger als das Fernsehen. Es gibt in diesem Nest nur eine Zeitung, die aufgrund der Konzentration übrig geblieben ist, nämlich eine CDU-Zeitung. Wenn ich eine Zeitung außer den AACHENER NACHRICHTEN kaufen will, etwa die FAZ, muß ich jetzt 15 km fahren. Früher mußte ich 5 km fahren.

Wichtig wäre für die SPD, im Lande in der Presse präsent zu sein. Wenn ich Herrn Ernst recht verstanden habe, ist die einzige Lücke die Sonntagszeitung. - (Ernst: Eine Möglichkeit.) - Der Gedanke der SPD-eigenen Publikationen ist eine alte Utopie. Ich wollte in der Debatte mich gegen die Gläubigkeit in Veränderungen durch Gesetz wenden und auf die Unterschätzung dieser 25 % hinweisen, die fast alle CDU wählen, weil die Zeitung, die für sie greifbar ist, im Familienbesitz und reaktionär ist. Das Redaktionsstatut beim KÖLNER STADTANZEIGER ist erst entstanden, nachdem Herr Better, die wichtigste Figur, weg war.

Ernst: Von den 3 bis 4 Stunden Massenkommunikationsmittel-Nutzung entfallen 2 Stunden auf das Fernsehen. Das Fernsehen hat ein ungeheures Gewicht. Man muß sich überlegen, zu welchen Zeiten man eingreift, unmittelbar vor oder nach der Tagesschau. Daneben ist das Radio zu beachten, wenn man etwas aktivieren will. - (Böll: Die Zeitung wird schon aus Sparsamkeitsgründen gelesen, weil man sie abonniert hat.)

Wir haben kurz über unterschiedliche Wirkungen von unterschiedlichen Medien gesprochen. Der Satz gilt: In einer leeren Kirche kann ich keine Seelen überzeugen. Ich muß die Leute an das bekommen, was ich offerieren will. Ich muß einen Stoff bieten, der alles andere als politisch relevant ist. Ich muß die Leute dazu bringen.

Wichtig ist der Weg, wie eine Nachricht an die Menschen herankommt. Abends in der Tagesschau des Fernsehens - die Besetzung der Positionen wäre dort zu überlegen -, am nächsten Morgen in der Zeitung und dann noch einmal im Radio. Oder: Radio, Zeitung, und abends im Fernsehen verstärkt. Wenn die drei Dinge zusammenkommen, hat das eine Wirkung, die stärker ist als $1 + 1$. Wenn die Zeitung in der Meinungsäußerung und Nachrichtengebung den anderen Medien entgegensteht, wird diese Addition oder Multiplikation gestört.

Prof. Dr. Lengsfeld: Ich hätte eine Anfrage aus der Perspektive des einfachen Bürgers an die Gesetzesmacher. Die Presse nimmt irgendwie vom Grundgesetz gewährte Freiheiten in Anspruch und somit in gewisser Hinsicht einen öffentlichen Auftrag wahr. Welche Möglichkeiten habe ich als Bürger, hier zu Wort zu kommen? Beispiel: Ich schreibe einen Leserbrief. Der wird nicht abgedruckt. Gibt es keine Möglichkeit, auf die Auswahl der Leserbriefe per Gesetz Einfluß zu nehmen, etwa so, daß offengelegt werden müßte, nach welchen Kriterien sie ausgesucht werden? Läßt sich das Recht auf Gegendarstellung, das presserechtlich verankert ist, so weit erweitern, daß nicht nur Tatsachenberichte aufgenommen werden müssen, sondern eventuell etwas mehr?

Man kann die Leute nicht zwingen, Meinungen aufzunehmen. Aber läßt sich das nicht auf Interpretationen erweitern?

Wenn über einen Vortrag von mir berichtet wird und es wird nicht eine Tatsache berichtet, die falsch ist, sondern es wird eine Interpretation gegeben, welche gegen meine Ansicht geht, dann weigern sich die Zeitungen, das richtigzustellen. Die Frage ist, ob sich in dieser Richtung durch Geltendmachung der Rechte des Bürgers gegenüber der Zeitung etwas erreichen ließe.

BM Ehmke: Das ist leider sehr schwer. Bei der Gegendarstellung über Tatsachen hinaus wird es erhebliche juristische Probleme geben. Wir gehen davon aus, daß die Zeitung - anders als der Rundfunk - kein Monopolunternehmen ist. Bis jetzt geht der Pressebereich davon aus, daß er anders als Rundfunk und Fernsehen eine große Zahl von Einheiten hat und sich in diesen das schon einigermaßen zurecht rückt. Sonst müßte man eine Art öffentliche Zeitung machen. Dies würde verfassungsrechtlich nach dem Grundgesetz nicht möglich sein. Der Pressebereich ist verfassungsrechtlich anders strukturiert.

Prof. Lengsfeld: Was nützt mir das Recht, die FRANKFURTER RUND-SCHAU zu kaufen, wenn sich die WESTFÄLISCHEN NACHRICHTEN konstant weigern, etwas aufzunehmen, z. B. eine Anzeige der Wählerinitiative. Sie berufen sich für ihre Existenz auf das Recht der Meinungsfreiheit, verweigern es aber mir.

BM Ehmke: Hier wäre eine andere Frage, ob man bei Zeitungen mit regionalem Monopolcharakter so etwas bei Anzeigen mit Gesetzgebung erreichen könnte; aber bei Meinungsäußerungen ist das nicht möglich. Man kann von einer SPD-Zeitung auch nicht eine ausgewogene Darstellung der Meinungen verlangen.

Alfred Nau: Aber die Verweigerung der Aufnahme von Inseraten halte ich für eine ernste Angelegenheit.

Prof. Lengsfeld: Man müßte bei Leserbriefen Prinzipien aufstellen können. - (Bundeskanzler: Punkt 1. Sie dürfen nicht selbst geschrieben werden.)

Gaus: Ich möchte an das anknüpfen, was Ehmke gesagt hat, wie weit die politische Wirksamkeit gemessen werden kann. Ich glaube, daß zu meinem Appell an den Parteivorsitzenden der SPD und an andere führende Mitglieder dieser Partei, die Rundfunkräte der Partei ein bißchen besser über das zu informieren, was sie tun sollen, auch die Einsicht gehört, daß eine Panorama-Sendung von Merseburger - um ein Beispiel zu nennen - oder eine ZDF-Magazin-Sendung von Löwenthal nichts anderes als ein Hautjucken sind, eine Oberflächenreizung, was die politische Wirkung angeht, verglichen mit den Unterhaltungssendungen des Fernsehens.

Ich glaube, was die Verfestigung politischer und sehr oft antisozialdemokratischer Klischees angeht, mit ganz konkreten Wirkungen im Wahlkampf, daß sehr viel mehr aus bestimmten Klischees, aus bestimmten Spielhandlungen, aus bestimmten Gebrauchsmustern der Familienserien und der übrigen Unterhaltungssendungen kommt als aus den politischen Kommentaren und den politischen Magazinen.

Ich halte die politische Wirkung all dessen im Fernsehen, worüber sich vom Bundeskanzler und vom Oppositionsführer an bis herunter zum Rundfunkratsmitglied die politischen Leute eregen, für wirklich ein Hautjucken, für eine Oberflächenreizung. Ich lasse die Tagesschau und ZDF-"Heute" heraus. Ich bin der Meinung, daß beide Sendungen im ganzen, obwohl die Nachrichtensendungen beider vor zwei Jahren besser waren als heute, noch sehr fair gemachte Sendungen sind. Die Zeitdauer, die die Wähler vor dem Fernsehschirm verbringen, ist zum allergrößten Teil ein Verbringen vor Filmen und Unterhaltungssendungen.

Ich sage ganz ernsthaft: Es ist eine ganz konkrete Aufgabe für die sozialdemokratischen Rundfunkratsmitglieder, ihren Rundfunkräten zu sagen: Warum habt ihr im Regionalprogramm - Vorabendprogramm - noch nicht die Abstimmung zwischen ARD und ZDF?

Dann ist es ebenso wichtig für die Rundfunkratsmitglieder, daß sie sagen: Warum beschäftigt ihr euch nicht mit der Frage, wie politische Vorurteile durch Fernsehfamilien verfestigt werden? Ein mir sehr sympathischer, dieser Partei nahestehender Mensch, der bei der Bundeszentrale war, als ich Fernsehdirektor war, ist zu mir gekommen und hat gesagt, in der nächsten Fernsehserie des SWF sollte ein Bundeswehrunteroffizier vorkommen, und der sollte positiv sein. Er sollte kein Wort über Integration in die Gesellschaft, über Bürger in Uniform verlieren. Er soll nur die Bundeswehruniform tragen und Unteroffizier sein.

Dieser Mann hat vollkommen recht gehabt. Keine Sendung irgendeiner Rundfunkanstalt über das Problem der Bundeswehr in dieser Gesellschaft hätte soviel bewirken können, wie diese Sendung bewirken konnte.

Diese Partei, wenn sie gut beraten ist, auch mittelfristig für 1973, soll ihre Rundfunkräte zusammenrufen und soll sie von der Vetternwirtschaft lösen, die jeder mit seiner Anstalt, mit seinem Programmdirektor und mit seinem Intendanten hat. Er soll die Intendanten und Programmdirektoren weglassen. Herr Ernst soll dann über dieses Thema referieren und ihnen die Leuten lesen. Worauf achtet ihr eigentlich? Wenn es sich 1973 nicht auszahlt, dann 1977. Das als Antwort auf die Frage, was wird politisch bewirkt.

Zweitens bin ich der Meinung, daß die SPD - ergänzend zu dem, was Ruhnau gesagt hat, daß es wünschenswert wäre, wenn eine Bundesdefinition erfolgt, was Rundfunk ist, um bestimmten Ländern das Kommerzielle zu erschweren -, nachdem die Dinge so weit gediehen sind, sagt: Alles, was im Bereich Kassette, Kabelfernsehen und GigaHertz passieren kann, muß, soweit es Themen von gesellschaftlicher Relevanz sind, mindestens eine öffentlich-rechtliche Abnahme haben. Sollen es Springer, Augstein, Gruner + Jahr produzieren, gut, wenn dies jetzt nicht mehr geht. Ich sage: Jetzt geht es nicht mehr.

Dann sollen sie es produzieren, wie sie Schallplatten produzieren können. Und wenn sie es produziert haben, soll man von

der SPD her versuchen, den Unterschied zur Schallplatte zu machen, etwa zu sagen, ob eine Kassette über die deutsche Geschichte von 1870 bis 1969 zur Verbreitung in einem öffentlich-rechtlichen System abgenommen wird. Dies könnte mindestens so kontrolliert werden wie die Abnahme eines Lesebuches in der Schule und könnte durch eine öffentlich-rechtliche Abnahmekommission erfolgen.

Was dann an Verbreitung über Fernsehschirme noch kommerziell übrig bleibt, ist erst eine zweite Frage. Das Problem ist nicht, wie werden Kassetten verbreitet, sondern, wer produziert sie. Wer nimmt Springer in die Verantwortung, wenn er die Geschichtskassette macht? - (BM Ehmke: Nehmen wir an, Herr Müller kauft diese falsche Geschichtskassette.) -

Ich gebe zu, dies ist ein von mir noch nicht zu Ende gedachtes Problem.

In den nächsten fünf Jahren wird die Bereitschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, kommerziell produzierte Serien oder Kassetten zu übernehmen, größer sein als die Verbreitung privat gekaufter Abspielgeräte für Kassetten. Nehmen wir das an. Insofern sage ich: Ihr müßt euch um die Regelung bei solchen Kassetten kümmern, die als Geschichtsunterricht im Schulfunk oder Schulfernsehen ablaufen. Die Rundfunkanstalten werden sich vor der Eigenproduktion sofort drücken, wenn sie eine billige Kassette bekommen.

Zur zweiten Frage habe ich keine Meinung. Ich würde nur sagen, die SPD sollte die Öffentlich-Rechtlichkeit in all diesen Fragen ganz bewußt und erklärt herstellen, wo das möglich ist.

Drittens, die SPD sollte auf die Redaktionsstatute nicht zu sehr vertrauen; dies ändert in Wahrheit wenig. Aber ein Presse-rechtsrahmengesetz zu machen, in dem die Vorschrift für ein Redaktionsstatut für jeden Verlag pro Objekt zur Vorschrift gemacht wird, wäre eine bessere Sache als ein Presserechtsrahmengesetz.

Ruhnau: Was wir anfangen müßten, wäre eine einheitliche Altersversorgung, die aber sich nicht nur auf Journalisten von Zeitungen und Zeitschriften erstreckt, sondern vor allem auf die, die in den Rundfunkanstalten arbeiten. Dort haben wir viele Journalisten, die nichts anderes als Hörfunk und Fernsehen gesehen haben. Das wird man im Presserechtsrahmengesetz sicher nicht anpacken können. Aber man müßte nachdenken, ob es eine Möglichkeit für den Bundesgesetzgeber gibt, so etwas zu regeln.

Ein zweiter Punkt, was die Journalisten angeht, müßte in Gang gesetzt werden. Das ist die Fortbildung. Das ist ein großes Problem. Es gibt viele Journalisten, die heute 40, 45 Jahre alt sind und die einseitig geworden sind. Sie sind an eine Zeitung gebunden. Die Frage der journalistischen Fortbildung, sich zurecht zu finden in dem Stoff, den man verarbeitet, ist ein hochrangiges Problem. Ich meine, wir müßten das, was da von den Berufsvertretungen hochkommt, stärker unterstützen.

Ein drittes Problem ist die Forschung, die völlig unterentwickelt ist. Wenn man heute versucht, irgendwo einen Forschungsauftrag unterzubringen, der die Entwicklung und Position der Massenmedien darstellt, dann gibt es zwei, drei, vier ganz interessante Wissenschaftler, aber es gibt keine rechte Forschungseinrichtung an den Universitäten, und zwar nicht nur, was den verlegerischen Bereich angeht, sondern auch den technischen Bereich.

Hier kommt etwas hinein, was die Monopolisierung fördert. Der Kleine ist gar nicht in der Lage, die technischen Hilfsmittel zu entwickeln. Da er keine öffentlich verfügbaren Forschungsergebnisse wie in anderen technischen Bereichen hat, kommt er auf diese Weise in eine schlechtere ökonomische Position. Es wäre gut, wenn im Wissenschaftsministerium dieser Gesichtspunkt untersucht würde: was kann man tun, um den Forschungsbereich des Kommunikationswesens allgemein, ökonomisch und technisch zu forcieren, damit man Forschungsergebnisse für einen größeren Kreis auch kleiner und unabhängiger Kollegen verfügbar macht.

Es stellt sich auch die Frage, was die SPD mit ihren 500 Mio. Umsatz auf diesem Gebiet macht. Wenn sie etwas machen wollte, dann wäre sie der Viertgrößte in diesem Bereich; dann könnte man sicher nicht alles das machen, was man sich vorstellt, aber entschieden mehr, als was wir heute dort tun.

Wir müssen davon ausgehen, daß wir es auf diesem Markt der Zeitungen mit einer großen Zahl von Anbietern zu tun haben werden. Wir könnten die Gewichte ganz erheblich beeinflussen, wenn wir das ganze so ähnlich organisieren würden, wie andere es tun. Wir müßten uns klar sein, das würde uns Vorwürfe eintragen: wir schimpften über die Konzentration und vollzögen sie selber. Wenn wir von den Realitäten des Marktes ausgehen, dann müssen wir unsere Aktivität auch so organisieren, daß wir in diesem Markt auch eine Rolle spielen können.

Grass: Ich möchte auf diese 25 % der Bevölkerung zurückkommen. Ich sehe voraus, daß das Zuwachsgebiet für die SPD ist. Vorhin ist gesagt worden, daß zwei Drittel der BILD-Zeitung-Leser SPD-Wähler sind. Und Steffen sagte, daß der Einfluß der Zeitungen gar nicht so groß sein könne, wenn trotz der KIELER NACHRICHTEN eine starke SPD-Mehrheit in Kiel sei.

Das zeigt aber nur die eine Seite. Wir vergessen dabei die politische Zielsetzung der SPD und auf der anderen Seite den Bewußtseinsstand der Parteimitglieder. Wenn es in dieser Region von 25 % der Bevölkerung nur diese eine Zeitung gibt, dann hat sie eine nachhaltigere Wirkung nicht nur bei den Wahlen; wir erleben auch eine Veränderung oder einen Stillstand des Bewußtseins in den eigenen Wählerschichten. Das wird deutlich bei den BILD-Zeitung-Lesern, die SPD-Wähler sind.

Ganz gewiß kann man absterbende kleine Zeitungen in diesen Regionen nicht künstlich am Leben erhalten. Ich weiß kein Rezept. Aber wir dürfen diesen Markt nicht aufgeben. Das fällt besonders ins Gewicht, weil das unser Zuwachsgebiet ist.

Zwei Sätze zu dem, was Günter Gaus gesagt hat. Wenn Unterhaltungssendungen politisch prägend sind, dann können Rundfunkräte

in der Regel nicht erkennen, wo diese Sendungen gefährlich sind und wo nicht. Ich glaube, es genügt nicht, sie auf das Problem hinzuweisen. Man muß ihnen Beurteilungskategorien an die Hand geben, damit sie das erkennen.

Ich würde große Schwierigkeiten haben zu erkennen: hier wird ein Klischee geprägt oder nicht; hier kommt ein negatives, hier ein positives. Ich müßte durch Schriftsteller, Kritiker oder durch die Presse zunächst einmal solche Analysen herstellen und Beurteilungskategorien schaffen. Der Hinweis auf das Problem allein scheint mir nicht zu genügen.

Kassettenfernsehen für Bildungszwecke, für Schulen: Hier könnte man ein Lizenzierungsverfahren durch die Kultusministerien und Beiräte einführen. Man könnte dieses Verfahren verschärfen, indem man zeitlich befristete Lizenzen erteilt, so daß nach einem Jahr eine Kassette von den Schulen wieder fergehalten werden kann.

Hans-Jürgen Wischnewski: In allem, was Gaus über Rundfunk- und Fernsehräte gesagt hat, muß ich ihm recht geben. Man kann vieles tun, wenn man mit ihnen spricht. Aber es liegt am Prinzip, solange es Politiker sind, die dort tätig sind. Die Leute sind in weit stärkerem Maße von ihren Chefredakteuren und Intendanten abhängig. Es ist oft das Hauptproblem, welches Verhältnis man zu seinem Intendanten hat.

Jetzt will ich eine offene Frage stellen. Wenn ich an Steffens Stelle wäre und hätte diese Geschichten mit den Zeitungen in Schleswig-Holstein, würde ich mir überlegen, ob ich mich mit dem Schröder anlegen würde. Er hat schon genug Ärger mit den Zeitungen und er steht vor der Frage, ob er sich noch mit Herrn Schröder anlegen soll. Das ist die Realität.

Zu den Unterhaltungssendungen: Die Fernsehräte fühlen sich als Verantwortliche ihrer Anstalten und sind besonders stolz, wenn sie bei einer Sendung mehr Zuschauer gehabt haben als die anderen. Was die Unterhaltungssendungen betrifft, ein Beispiel: Da ist ein gestandener Sozialdemokrat für die Unterhaltungssendungen des ZDF verantwortlich. Der zuständige Direktor ist Sozialdemokrat.

Aber er wird sich ausschließlich nach den Zahlen richten, die Ernst, der die Marktbeobachtung macht, auf den Tisch legt. Wenn er es nicht machte, würde ihm der Intendant ein schönes Theater machen. - (Gaus: Das glaube ich nicht. Dieses Beispiel ist ungeeignet. - BM Ehmke: Unterstellt, daß seine Einschaltquote von 8 von einem anti-sozialdemokratischen Klischee abhängt.)

Ernst: Es kommt darauf an, ihnen zu sagen: Ihr könnt diese Erfolge, die ihr für euren Sender erreichen wollt, auch auf andere Weise erzielen.

Wischnewski: Mir ging es darum zu sagen: Gaus hat recht, aber gleichzeitig wollte ich die damit zusammenhängenden Probleme aufzeigen.

BM Ehmke: Darf ich eine Frage an Herrn Böll richten. Ich glaube in der Tat, daß die Zeitungen unterschiedlich gelesen werden. Hat das Fernsehen nicht eine größere Bedeutung als die Presse?

Böll: Ich kann das nicht beurteilen, ich habe das Instrumentarium dafür nicht. Nach meinen Erfahrungen wird die Zeitung intensiver gelesen. Ich kann das nicht erklären. Sie wird auch ganz gelesen.

Steffen: Auf dem Lande glaubt man, daß man nicht drucken kann, was nicht wahr ist, während in der Stadt die Leute wissen, daß sie manipuliert werden.

Böll: Ich würde sagen, daß die Anti-SPD-Klischees in den populären Unterhaltungssendungen den SPD-Rundfunkräten sehr passen.

Gaus: Das ist exakt meine Erfahrung als Fernsehdirektor.

Gründler: Was die Rudi-Carell-Show an Vorbehalten gegen die Bildungsreform geschaffen hat, ist kaum wiedergutzumachen.

Gaus: Panorama ist nur Hautjucken, und über die Rudi-Carell-Show spricht kein Mensch.

Prof. von Hentig: Ich glaube, die Klischees sind zur Unterhaltung da; die vereinfachte Welt. Dieses Bedürfnis, glaube ich, muß man vertreten. Das kann man den Leuten nicht nehmen. - (Gaus: Ich habe nicht gemeint, daß Unterhaltung abgeschafft werden muß.) - Aber ich bin gegen die Art von Unterhaltung, die die Mentalität erzeugt, die es wahrscheinlich macht, daß man Herr Barzels Propaganda eher folgt.

Gaus: Ein konkretes Beispiel: "Raumschiff Orion". Dort war eine Folge, wo ein als krank bezeichneter Raumschiffkommandant durch den Geheimdienstchef der Terra einem Verhör unterzogen worden ist. Dieser Geheimdienstchef war die Mischung von einem Kardinal und Heydrich, und er hat diesen Mann, von dem gesagt worden ist, er sei krank, im Verhör bis aufs Blut gepeinigt.

Gegen diese Kategorie richten sich meine Vorwürfe. Dies ist der Punkt, wo 20 Jahre Hörspiele und 8 Jahre Fernsehspiele über die Unmenschlichkeit des Faschismus nichts bewirken, verglichen mit der Schickheit, mit der ein solches Problem, daß ein Mann krank ist und dann in ein grausames Verhör verwickelt wird, dargestellt wird. Dies ist, was ich die faschistischen, anti-sozialdemokratischen Klischees nenne. Denn das Gegenteil ist, was sozialdemokratische Politik sein muß.

Prof. von Hentig: Aber Mutter Courage verhält sich total falsch. Die Wirkung ist, daß wir uns darüber empören.

Gaus: Die Mutter Courage wird beim deutschen Fernsehsystem von 5 % gesehen, "Raumschiff Orion" aber von 68 %. Wir reden von einem Massenmedium.

Prof. von Hentig: Das Publikum würde, wenn es dieses Fernsehen nicht gäbe, diese Leckerbissen sich beim Nachbarn oder sonstwo holen.

Grass: Ich war in der Zeit Rundfunkrat in Berlin. Ich glaube, daß es in anderen Rundfunkräten besser ist. Einige Rundfunkräte haben Protest eingelegt, ohne daß es zu einer Mehrheit gekommen

ist. Es wurde als eine Erfolgssendung akzeptiert.

Prof. von Hentig: Man kann durch das Fernsehen zu einer Rolle kommen, die uns in unserem täglichen Leben und in der Politik total unmündig macht. Die Politik ist verwirrend, unverständlich. Kein Mensch versteht etwas von Stabilitätspolitik, weil man am Abend vollkommen überzeugend die gegensätzliche Meinung hört. Aber bei diesem "Orion"-Heldern ist endlich die Welt eindeutig. Dieses Bedürfnis besteht.

Gaus: Ich weiß aus Erfahrung, daß dieses Bedürfnis bei den Menschen besteht, und ich bin der Letzte, es zu bestreiten, und der Vorletzte, es nicht zu befriedigen. Ich bin nur der Meinung, daß das befriedigt werden kann, ohne daß solche Passagen nötig sind. Ich bin der Meinung, daß, wenn wir das öffentlich-rechtliche System erhalten wollen, darüber genau diskutiert wird.

Prof. von Hentig: Dem Klischeebedürfnis von zig Millionen entsprechend wird gezeigt, daß die armen Leute gut und daß die Reichen böse sind, usw. Das ist auch ein Stück Faschismus.

Böll: Ich glaube, das Problem ist, ob man Unterhaltungssendungen macht, die unterhaltend sind ohne dieses lebensgefährliche Potential. Die Grundfrage wäre: Ist die CDU unterhaltender als die SPD? Ich könnte mir vorstellen, daß eine so wichtige Frage wie die Stabilität in einer Unterhaltungssendung dargestellt werden könnte, ohne daß sich die Leute langweilen.

Unholzer: Die Zahlen der "Orion"-Sendung sind nicht so erfolgreich gewesen. Die Einschaltquote war 40 %. Die Reaktionen waren keineswegs ausschließlich oder überwiegend positiv. Ein Grund der Kritik an dieser Sendung war damals, daß man nicht primär eine technisch-militaristische Utopie, sondern eine soziale Utopie erwartet hätte. Bei dieser Kritik eines Teiles des Publikums ansetzend, hätte man versuchen können: Wie kann man sich gesellschaftliche Modelle vielleicht in einer unterhaltenden Form vorstellen?

Prof. Dr. Georg Meistermann: Ich wollte grundsätzlich fragen. Es geht darum, die Wahl 1973 zu gewinnen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß irgendeine der konkurrierenden Parteien 90 % bekommt. Im Laufe der nächsten 10 oder 20 Jahre werden wir die Regierung nur mit kleinen Mehrheiten haben. Es geht darum, diese kleine Mehrheit zu stabilisieren.

Die Meinung von Böll, daß man auf dem Dorf die Zeitung stärker liest, teile ich. Man diskutiert abends in der Wirtschaft das, was in der Zeitung gestanden hat. Das sollte man nicht unterschätzen.

Ich bin der Meinung, man sollte den Versuch machen, das Wählerreservoir, das bei der CDU so stabil ist, aufzubrechen. Deswegen bin ich erstaunt, daß Herr Ernst die Kirchenzeitungen nicht genannt hat. Ich glaube, daß sie einen ganz enormen Einfluß haben. Es gibt in den Kirchen eine ganze Menge von jungen rebellierenden Geistlichen. - (Böll: Die haben keinen Einfluß auf die Zeitungen.)

Da ich keinen Führerschein habe und oft Taxi fahre, höre ich von den Taxifahrern immer wieder, daß sie mehr und bessere Informationen verlangen. Sie sagen: Warum sagt die SPD nicht, was sie geleistet hat? Warum erfahren wir das nicht? Die CDU-Leute sind uns in den Vokabeln überlegen. Warum sind wir nicht in der Lage, den Leuten zu antworten? Warum gibt man uns nicht Argumente, so daß wir darauf antworten können. Wir werden nie auf deren Propaganda hereinfallen, aber wir können keine Propaganda machen, weil das, was wir propagieren müssen, uns nicht simpel genug dargestellt wird.

Bauer: Wir werden das nächstemal ein Protokoll des Gesprächs haben. Wir werden dann versuchen, daraus einiges herauszuholen. Wichtig scheint mir, daß zu der Frage der Konzentration der Massenmedien in diesem Kreis, glaube ich, eine Klärung insofern erfolgte, als gegen die Konzentration anzugehen sinnlos ist, daß man sich auf den Boden der Realität stellen und versuchen muß, hier bestimmte Dinge in den Griff zu bekommen.

Dabei ist von verschiedenen Seiten das Modell, das Herr Ernst in seinem Vortrag entworfen hat, begrüßt worden. Es wäre unter

Umständen wichtig, an diesem Modell weiterzuarbeiten und zu sehen, wie man das in den Rahmen der Auseinandersetzung mit der Bewegung der Konzentration hineinbringt.

Ich halte das für wichtig, was besonders von Günter Gaus und einigen anderen über die Bedeutung des Fernsehens, besonders der regionalen und der lokalen Programme, und was über die Rolle der Rundfunkräte gesagt worden ist.

Trotzdem ist klar geworden, daß neben Fernsehen und Funk die Presse nach wie vor, vielleicht stärker noch, eine bestimmte Bedeutung behält. Mir sind bestimmte Untersuchungen bekannt, aus denen hervorging, daß so und so viele Fernsehzuschauer, die etwas visuell entgegennehmen, am nächsten Tag daran interessiert sind, in der Wochenzeitung oder Illustrierten oder Zeitung das zu vertiefen, was ihr Interesse gefunden hat. Das zeigt die Bedeutung der Zeitung überhaupt, aber auch die Wechselwirkung bei der Bewußtseinsbildung, die wir nicht unterschätzen sollten.

Nun hat Herr Ernst bei der Aufzählung der verschiedenen Gruppen darauf hingewiesen, wo bestimmte Marktlöcher sind, wo man unter Umständen seitens der SPD versuchen könnte, einigermaßen erfolgreich einzusteigen. Das hängt zusammen mit der Frage der Konzentration innerhalb der Mittel, die der SPD für diese Dinge zur Verfügung stehen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, der bei dieser Diskussion herausgekommen ist.

Alle anderen Dinge, Kassettenproduktion, Kabel-TV sind für die Zukunft ebenso wichtig. Nur darf man hier, glaube ich, nicht sehr lange warten, sonst sind die letzten Möglichkeiten, um überhaupt irgendwie einzugreifen, verschlossen. Wir werden dann hinterher Selbstkritik üben und feststellen, was wir alles versäumt haben.

Ich würde vorschlagen, daß wir uns das nächste Mal ausführlich über Informationspolitik unterhalten.

(Wie erinnerlich, hatte zum Schluß des Gespräches Herr Unholzer einige Bemerkungen zur Informationspolitik gemacht. Angesichts der Bedeutung des Themas ist Herr Unholzer gebeten worden, seine Stellungnahme zu einem Einleitungsreferat für die nächste Sitzung umzuarbeiten und zu aktualisieren. Aus diesem Grunde fehlen im Protokoll die Bemerkungen von Herrn Unholzer.)